

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin:
'das vrhoer nimmt ausmasse einer folter an'

ankara, den 20.11.1987 (bem) - die herzbeschwerden von haydar kutlu, der gemeinsam mit nihat sargin unter verhoersteht, wurde durch den bericht des gerichtsarztes prof. ibrahim tunali bestaetigt. die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass mit dem verhoer, das ausmasse einer folter annimmt, trotz nichtzustaendigkeit der polizei und der staatsanwaltschaft, fortgefuehren wird.

die rechtanwaelte wiesen darauf hin, dass die generalsekretaere beider parteien nach ihrer festnahme durch den gerichtsarzt ibrahim tunali untersucht wurden. in dem arztlichen bericht von prof. tunali wurde festgestellt, dass haydar kutlu herzbeschwerden und nihat sargin erhoehten blutdruck habe. die rechtsanwaelte fuegten hinzu, dass der bericht von tunali zu den akten gelegt wurde.

die rechtsanwaelte erklaeerten weiterhin, der arzt, der kutlu gestern untersucht hat, ausdem polizeipraesidium durch die hintertuer weggebracht wurde und sein name geheim gehalten wird. sie sagten, dass der staatsanwalt des staatssicherheitsgerichtes, nusret demiral, das ergebnis der ges trigen arztlichen untersuchung verschweige, gegeneuber journalisten sind aeusserungen demirals abweichend, sodass eine unklarheit entsteht.

staatsanwalt und polizei duerfen kein verhoer durchfuehren

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass das verhoer, das derzeit im polizeipresidium durchgefuehrt vorigen monat gegen haydar kutlu als generalsekretaer der kommunistischen partei der tuerkei ein verfahren im staatssicherheitsgericht in malatya eroeffnet worden ist und sagten: 'nach den gueltigen gesetzen kann das verhoer nur durch das gericht gefuehrt werden, das auch das verfahren erfoefnet hat. das von der polizei und der staatsanwaltschaft duchgefuehrte derzeitige verfahren ist deshalb gesetzwidrig.' desweiteren wiesen sie darauf hin, dass es ein rechtsgrundastz ist, dass gegen eine person, gegen der schon ein verfahren laeuft, wegen der gelichen anklagepunkte nicht ein anderes verfahren eroeffnet werden darf.

die rechtsanwaelte fordern die sofortige freilassung kutlus mit der begruendung, dass in dem verfahren gegen ihm kein haftbefehl vorliegt.

auf dere anderen seite erinnern die rechtsanwaelte daran, dass gegen den generalsekretaer der arbeiternpartei, nihat sargin, bereits ein haftbefehl bei seiner abwesenheit vorliege und adss nihat sargin unverzueglich dem richter vorgefuehrt werden muss, weil das gesetz es vorschreibt, dass ser haftbefehl nun in seiner anwesenheit ausgesprochen wird.

die rechtanwaelte sagten, dass beide generalsekretaere unter einem gesetzwidrigen verhoer stehen, das ausmasse einer folter hat und dass das leben der beiden politiker gefaehrted ist.

+++++

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin:
"das vrhoer nimmt ausmasse einer folter an"

ankara, den 20.11.1937 (bem) - die herzbeschwerden von haydar kutlu, der gemeinsam mit nihat sargin unter verhoer steht, wurde durch den bericht des gerichtsarztes prof. ibrahim tunali bestaetigt, die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass mit dem verhoer, das ausmasse einer folter annimmt, trotz nichtzustaeendigkeit der polizei und der staatsanwaltschaft, fortgefuehrt wird.

die rechtsanwaelte wiesen darauf hin, dass die generalsekretsaere beider parteien nach ihrer festnahme durch den gerichtsarzt ibrahim tunali untersucht wurden. in dem aertztlichen bericht von prof. tunali wurde festgestellt, dass haydar kutlu herzbeschwerden und nihat sargin erhoehnten blutdruck habe. die rechtsanwaelte fuegten hinzu, dass der bericht von tunali zu den akten gelegt wurde.

die rechtsanwaelte erklaeerten weiterhin, der arzt, der kutlu gestern untersucht hat, ausdem polizeipraesidium durch die hintertuer weggebracht wurde und sein name geheim gehalten wird. sie sagten, dass der staatsanwalt des staatssicherheitsgerichtes, nusret demiral, das ergebnis der ges. trigen aertztlichen untersuchung verschweige, gegenueber journalisten sind aeuusserungen demirals abweichend, sodass eine unklarheit entsteht.

staatsanwalt und polizei duerfen kein verhoer durchfuehren

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass das verhoer, das derzeit im polizeipraesidium durchgefuehrt vorigen monat gegen haydar kutlu als generalsekretaeer der kommunistischen partei der tuerkei ein verfahren im staatssicherheitsgericht in malatya eroeffnet worden ist und sagten: "nach den gueltigen gesetzen kann das verhoer nur durch das gericht gefuehrt werden, das auch das verfahren eroeffnet hat. das von der polizei und der staatsanwaltschaft durchgefuehrt derzeitige verfahren ist deshalb gesetzwidrig." desweiteren wiesen sie darauf hin, dass es ein rechtsgrundsatz ist, dass gegen eine person, gegen der schon ein verfahren laeuft, wegen der gleichen anklagepunkte nicht ein anderes verfahren eroeffnet werden darf.

die rechtsanwaelte fordern die sofortige freilassung kuttus mit der begruendung, dass in dem verfahren gegen ihn kein haftbefehl vorliegt.

auf ders anderen seite erinnern die rechtsanwaelte daran, dass gegen den generalsekretaeer der arbeitspartei, nihat sargin, bereits ein haftbefehl in seiner abwesenheit vorliegt und dass nihat sargin unverzueglich den richter vorgefuehrt werden muss, weil das gesetz es vorschreibt, dass der haftbefehl nur in seiner anwesenheit ausgesprochen wird.

die rechtsanwaelte sagten, dass beide generalsekretsaere unter einem gesetzwidrigen verhoer stehen, das ausmasse einer folter hat und dass das leben der beiden politiker gefaehrdet ist.

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin:
"das vrhoer nimmt ausmasse einer folter an"

ankara, den 20.11.1987 (bem) - die herzbeschwerden von haydar kutlu, der gemeinsam mit nihat sargin unter verhoer steht, wurde durch den bericht des gerichtsarztes prof. ibrahim tunali bestaetigt. die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass mit dem verhoer, das ausmasse einer folter annimmt, trotz nichtzustaendigkeit der polizei und der staatsanwaltschaft, fortgefuehrt wird.

die rechtsanwaelte wiesen darauf hin, dass die generalsekretaere beider parteien nach ihrer festnahme durch den gerichtsarzt ibrahim tunali untersucht wurden. in den aertztlichen berichten von prof. tunali wurde festgestellt, dass haydar kutlu herzbeschwerden und nihat sargin erhoeherten blutdruck haben. die rechtsanwaelte fragten hinzu, dass der bericht von tunali zu den akten gelegt wurde.

die rechtsanwaelte erklaeerten weiterhin, der arzt, der kutlu gestern untersucht hat, ausdem polizeipraesidium durch die hintertueer weggebracht wurde und sein name geheim gehalten wird. sie sagten, dass der staatsanwalt des staatssicherheitsgerichtes, nusret demiral, das ergebnis der gestern erztlichen untersuchung verschweige, gegenueber journalisten sind aeusserungen demirals abweichend, sodass eine unklarheit entsteht.

staatsanwalt und polizei duerfen kein verhoer durchfuehren

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass das verhoer, das derzeit im polizeipraesidium durchgefuehrt vorigen monat gegen haydar kutlu als generalsekretaer der kommunistischen partei der tuerkei ein verfahren im staatssicherheitsgericht in malatya eroeffnet worden ist und sagten: "nach den gueltigen gesetzen kann das verhoer nur durch das gericht gefuehrt werden, das auch das verfahren eroeffnet hat. das von der polizei und der staatsanwaltschaft durchgefuehrte derzeitige verfahren ist deshalb gesetzwidrig." desweiteren wiesen sie darauf hin, dass es ein rechtsgrundsatz ist, dass gegen eine person, gegen der schon ein verfahren laeuft, wegen der gleichen anklagepunkte nicht ein anderes verfahren eroeffnet werden darf.

die rechtsanwaelte fordern die sofortige freilassung beider mit der begruendung, dass in dem verfahren gegen ihn kein haftbefehl vorliegt.

auf dere anderen seite erinnern die rechtsanwaelte daran, dass gegen den generalsekretaer der arbeitertpartei, nihat sargin, bereits ein haftbefehl in seiner abwesenheit vorliegt und dass nihat sargin unverzueglich dem richter vorgefuehrt werden muss, weil das gesetz es vorschreibt, dass der haftbefehl nur in seiner anwesenheit ausgesprochen wird.

die rechtsanwaelte sagten, dass beide generalsekretaere unter einem gesetzwidrigen verhoer stehen, das ausmasse einer folter hat und dass das leben der beiden politiker gefaehrdet ist.

*

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin:
"das vrhoer nimmt ausmasse einer folter an"

ankara, den 20.11.1987 (bem) - die herzbeschwerden von haydar kutlu, der gemeinsam mit nihat sargin unter verhoersteht, wurde durch den bericht des gerichtsarztes prof. ibrahim tunali bestaetigt. die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklarten, dass mit dem verhoer, das ausmasse einer folter annimmt, trotz nichtzustaendigkeit der polizei und der staatsanwaltschaft, fortgefahren wird.

die rechtanwaelte wiesen darauf hin, dass die generalsekretaere beider parteien nach ihrer festnahme durch den gerichtsarzt ibrahim tunali untersucht wurden. in dem arztlichen bericht von prof. tunali wurde festgestellt, dass haydar kutlu herzbeschwerden und nihat sargin erhoekten blutdruck habe. die rechtsanwaelte fuegten hinzu, dass der bericht von tunali zu den akten gelegt wurde.

die rechtsanwaelte erklarten weiterhin, der arzt, der kutlu gestern untersucht hat, ausdem polizeipraesidium durch die hintertuer weggebracht wurde und sein name geheim gehalten wird. sie sagten, dass der staatsanwalt des staatssicherheitsgerichtes, nusret demiral, das erbeginis der ges trigen arztlichen untersuchung verschweige, gegeneuber journalisten sind aeusserungen demirals abweichend, sodass eine unklarheit entsteht.

staatsanwalt und polizei duerfen kein verhoer durchfuehren

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklarten, dass das verhoer, das derzeit im polizeiprasidium durchgefuehrt vorigen monat gegen haydar kutlu als generalsekretaer der kommunistischen partei der tuerkei ein verfahren im staatssciherheitsgericht in malatya eroeffnet worden ist und sagten: "nach den gueltigen gesetzen kann das verhoer nur durch das gericht gefuehrt werden, das auch das verfahren erfoefnet hat. das von der polizei und der staatsanwaltschaft duchgefuehrte derzeitige verfahren ist deshalb gesetzwidrig." desweiteren wiesen sie darauf hin, dass es ein rechtsgrundastz ist, dass gegen eine person, gegen der schon ein verfahren laeuft, wegen der gelichen anklagepunkte nicht ein anderes verfahren eroeffnet werden darf.

die rechtsanwaelte fordern die sofortige freilassung kutlus mit der begruendung, dass in dem verfahren gegen ihm kein haftbefehl vorliegt.

auf dere anderen seite erinnern die rechtsanwaelte daran, dass gegen den generalsekretaer der arbeiterpartei, nihat sargin, bereits ein haftbefehl ei seiner abwesenheit vorliege und adss nihat sargin unverzueglich dem richter vorgefuehrt werden muss, weil das gesetz es vorschreibt, dass ser haftbefehl nun in seiner anwesenheit ausgesprochen wird.

die rechtanwaelte sagten, dass beide generalsekretaere unter einem gesetzwidrigen verhoer stehen, das ausmasse einer folter hat und dass das leben der beiden politiker gefaehrtedt ist.

*

TELEX

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin:
"das vrhoer nimmt ausmasse einer folter an"

ankara, den 20.11.1987 (bem) - die herzbeschwerden von haydar kutlu, der gemeinsam mit nihat sargin unter verhoersteht, wurde durch den bericht des gerichtsarztes prof. ibrahim tunali bestaetigt. die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass mit dem verhoer, das ausmasse einer folter annimmt, trotz nichtzustaendigkeit der polizei und der staatsanwaltschaft, fortgefahren wird.

die rechtanwaelte wiesen darauf hin, dass die generalsekretaere beider parteien nach ihrer festnahme durch den gerichtsarzt ibrahim tunali untersucht wurden. in dem arztlichen bericht von prof. tunali wurde festgestellt, dass haydar kutlu herzbeschwerden und nihat sargin erhoekten blutdruck habe. die rechtsanwaelte fuegten hinzu, dass der bericht von tunali zu den akten gelegt wurde.

die rechtsanwaelte erklaeerten weiterhin, der arzt, der kutlu gestern untersucht hat, ausdem polizeipraesidium durch die hintertuer weggebracht wurde und sein name geheim gehalten wird. sie sagten, dass der staatsanwalt des staatssicherheitsgerichtes, nusret demiral, das ergebnis der ges trigen arztlichen untersuchung verschweige, gegeneuber journalisten sind aeusserungen demirals abweichend, sodass eine unklarheit entsteht.

staatsanwalt und polizei duerfen kein verhoer durchfuehren

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass das verhoer, das derzeit im polizeiprasidium durchgefuehrt vorigen monat gegen haydar kutlu als generalsekretaer der kommunistischen partei der tuerkei ein verfahren im staatssicherheitsgericht in malatya eroeffnet worden ist und sagten: "nach den gueltigen gesetzen kann das verhoer nur durch das gericht gefuehrt werden, das auch das verfahren erfoeffnet hat. das von der polizei und der staatsanwaltschaft duchgefuehrte derzeitige verfahren ist deshalb gesetzwidrig." desweiteren wiesen sie daruaf hin, dass es ein rechtsgrundastz ist, dass gegen eine person, gegen der schon ein verfahren laeuft, wegen der gelichen anklagepunkte nicht ein anderes verfahren eroeffnet werden darf.

die rechtsanwaelte fordern die sofortige freilassung kutlus mit der begruendung, dass in dem verfahren gegen ihm kein haftbefehl vorliegt.

auf dere anderen seite erinnern die rechtsanwaelte daran, dass gegen den generalsekretaer der arbeiterpartei, nihat sargin, bereits ein haftbefehl ei seiner abwesenheit vorliege und adss nihat sargin unverzueglich dem richter vorgefuehrt werden muss, weil das gesetz es vorschreibt, dass ser haftbefehl nun in seiner anwesenheit ausgesprochen wird.

die rechtanwaelte sagten, dass beide generalsekretaere unter einem gesetzwidrigen verhoer stehen, das ausmasse einer folter hat und dass das leben der beiden politiker gefaehrdet ist.

+++++

*

TELEX TELEEX TELEEX TEL

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin:
"das vrhoer nimmt ausmasse einer folter an"

ankara, den 20.11.1987 (bem) - die herzbeschwerden von haydar kutlu, der gemeinsam mit nihat sargin unter verhoer steht, wurde durch den bericht des gerichtsarztes prof. ibrahim tunali bestaetigt. die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklarten, dass mit dem verhoer, das ausmasse einer folter annimmt, trotz nichtzustaendigkeit der polizei und der staatsanwaltschaft, fortgefahren wird.

die rechtanwaelte wiesen darauf hin, dass die generalsekretaere beider parteien nach ihrer festnahme durch den gerichtsarzt ibrahim tunali untersucht wurden. in dem arztlichen bericht von prof. tunali wurde festgestellt, dass haydar kutlu herzbeschwerden und nihat sargin erhoeheten blutdruck habe. die rechtsanwaelte fuegten hinzu, dass der bericht von tunali zu den akten gelegt wurde.

die rechtsanwaelte erklarten weiterhin, der arzt, der kutlu gestern untersucht hat, ausdem polizeipraesidium durch die hintertuer weggebracht wurde und sein name geheim gehalten wird. sie sagten, dass der staatsanwalt des staatssicherheitsgerichtes, nusret demiral, das ergebnis der ges. trigen arztlichen untersuchung verschweige, gegeneuber journalisten sind aeusserungen demirals abweichend, sodass eine unklarheit entsteht.

staatsanwalt und polizei duerfen kein verhoer durchfuehren

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklarten, dass das verhoer, das derzeit im polizeiprasidium durchgefuehrt vorigen monat gegen haydar kutlu als generalsekretaer der kommunistischen partei der tuerkei ein verfahren im staatssicherheitsgericht in malatya eroeffnet worden ist und sagten: "nach den gueltigen gesetzen kann das verhoer nur durch das gericht gefuehrt werden, das auch das verfahren erfoefnet hat. das von der polizei und der staatsanwaltschaft duchgefuehrte derzeitige verfahren ist deshalb gesetzwidrig." desweiteren wiesen sie daruaf hin, dass es ein rechtsgrundastz ist, dass gegen eine person, gegen der schon ein verfahren laeuft, wegen der gelichen anklagepunkte nicht ein anderes verfahren eroeffnet werden darf.

die rechtsanwaelte fordern die sofortige freilassung kutlus mit der begruendung, dass in dem verfahren gegen ihm kein haftbefehl vorliegt.

auf dere anderen seite erinnern die rechtsanwaelte daran, dass gegen den generalsekretaer der arbeiterpartei, nihat sargin, bereits ein haftbefehl ei seiner abwesenheit vorliege und adss nihat sargin unverzueglich dem richter vorgefuehrt werden muss, weil das gesetz es vorschreibt, dass ser haftbefehl nun in seiner anwesenheit ausgesprochen wird.

die rechtanwaelte sagten, dass beide generalsekretaere unter einem gesetzwidrigen verhoer stehen, das ausmasse einer folter hat und dass das leben der beiden politiker gefaehrted ist.

+++++

*

TELEX TELEEX TELEEX TEL.

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin:
'das vrhoer nimmt ausmasse einer folter an'

ankara, den 20.11.1987 (bem) - die herzbeschwerden von haydar kutlu, der gemeinsam mit nihat sargin unter verhoersteht, wurde durch den bericht des gerichtsarztes prof. ibrahim tunali bestaetigt. die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass mit dem verhoer, das ausmasse einer folter annimmt, trotz nichtzustaendigkeit der polizei und der staatsanwaltschaft, fortgefahren wird.

die rechtanwaelte wiesen darauf hin, dass die generalsekretaere beider parteien nach ihrer festnahme durch den gerichtsarzt ibrahim tunali untersucht wurden. in dem arztlichen bericht von prof. tunali wurde festgestellt, dass haydar kutlu herzbeschwerden und nihat sargin erhoekten blutdruck habe. die rechtsanwaelte fuegten hinzu, dass der bericht von tunali zu den akten gelegt wurde.

die rechtsanwaelte erklaeerten weiterhin, der arzt, der kutlu gestern untersucht hat, ausdem polizeipraesidium durch die hintertuer weggebracht wurde und sein name geheim gehalten wird. sie sagten, dass der staatsanwalt des staatssicherheitsgerichtes, nusret demiral, das ergebnis der ges trigen arztlichen untersuchung verschweige, gegeneuber journalisten sind aeusserungen demirals abweichend, sodass eine unklarheit entsteht.

staatsanwalt und polizei duerfen kein verhoer durchfuehren

die rechtsanwaelte von kutlu und sargin erklaeerten, dass das verhoer, das derzeit im polizeiprasidium durchgefuehrt vorigen monat gegen haydar kutlu als generalsekretaer der kommunistischen partei der tuerkei ein verfahren im staatssciherheitsgericht in malatya eroeffnet worden ist und sagten: "nach den gueltigen gesetzen kann das verhoer nur durch das gericht gefuehrt werden, das auch das verfahren erfoefnet hat. das von der polizei und der staatsanwaltschaft duchgefuehrte derzeitige verfahren ist deshalb gesetzwidrig." desweiteren wiesen sie daruaf hin, dass es ein rechtsgrundastz ist, dass gegen eine person, gegen der schon ein verfahren laeuft, wegen der gelichen anklagepunkte nicht ein anderes verfahren eroeffnet werden darf.

die rechtsanwaelte fordern die sofortige freilassung kutlus mit der begruendung, dass in dem verfahren gegen ihm kein haftbefehl vorliegt.

auf dere anderen seite erinnern die rechtsanwaelte daran, dass gegen den generalsekretaer der arbeiterpartei, nihat sargin, bereits ein haftbefehl ei seiner abwesenheit vorliege und adss nihat sargin unverzueglich dem richter vorgefuehrt werden muss, weil das gesetz es vorschreibt, dass ser haftbefehl nun in seiner anwesenheit ausgesprochen wird.

die rechtanwaelte sagten, dass beide generalsekretaere unter einem gesetzwidrigen verhoer stehen, das ausmasse einer folter hat und dass das leben der beiden politiker gefaehrtedt ist.

+++++

TELEX

- Mainz - Mustafa - 1-12 -

Bilgilerime top Lüderwald katet-
de Alın Büyükclasi ziyaretinde istenice
yaparlar um - vtaunlar en ayundan
10 Aralık ta yürüyüş - 11-12 taktik-Atk-
bin- kang- AT ayelyi - bunlar bir
sans-

O kelden atılmadık Cavroları
Sepisti - yer değıstirmişler Demiral
terorle ilgileri yok 141-142 derinde
birsey getirmede-

Reinhard Patz birlektirilmiş kuruldu

Parlaman ter hareket

Papay Werner Petri

izai Jan Lefaj Tassos Yunan

AVU - Acker Ulrich

UAGÖ - Hellmut Dortyal

Mustafa Bakır

10 Ar. Gab. u. Inya acak

30

TÜRKİYE

SOSYAL TÜSTAY TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

An die
Redaktion

Essen, den 27.11.87

H. Kuhlmann
Rellinghauserstr. 153
4300 Essen 1

4300 ESSEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am Montag, den 16.11.87 wurden Haydar Kutlu und Nihat Sargin - Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Türkei TKP und der Arbeiterpartei der Türkei TIP nach ihrer freiwilligen Rückkehr auf dem Flughafen von Ankara festgenommen und seitdem werden sie ohne Kontakt zur Außenwelt gefangengehalten.

Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurden von einer Delegation der demokratischen Öffentlichkeit aus dem Ausland und der Bundesrepublik Deutschland begleitet. Zwei Teilnehmer dieser Delegation sind jetzt zurückgekehrt. Da beide Delegationsteilnehmer aus Essen sind, möchte die demokratische Öffentlichkeit aus Essen für die örtliche Presse eine Pressekonferenz durchführen.

Die demokratische Öffentlichkeit Essens lädt Ihre Redaktion deshalb zu einer Pressekonferenz am **Donnerstag, den 3.12.87** um 11.00 Uhr im Rathaus Essen ein. Die Pressekonferenz findet statt im **Fraktionssitzungssaal der GAL Essen Raum 1.22.**

Die Pressekonferenz wird verantwortet und unterstützt von:

- Hannes Kuhlmann (Delegationsmitglied)
- Horst Nitsche (Delegationsmitglied)
- Grün-Alternative Liste Essen (GAL)
- Verfolgte des Naziregimes (VVN)
- Deutsche Friedensunion (DFU)
- Antifaschistisches Forum Essen
- Vereinigung demokratischer Juristen (VdJ)
- Falken Essen
- Christliche Arbeiterjugend (JOC)
- Internationaler Freundeskreis (VdiF)
- Sozialistische deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
- Marxistischer Studentenbund (MSB)
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- Jungsozialisten Essen (JUSOS)

Betriebsrat K-H. Karwelies
Prof. Dr. U. Boos-Nünning
Dr. R. Neumann
Dr. H. Meyer-Ingwersen
Pfarrer D. Schermeier
Pfarrer Olaf Jellemer
Dr. J. Pilz

Eingeladen ist die örtliche Presse Essen und die überregionale türkische Presse. Die Delegationsmitglieder H. Kuhlmann und H. Nitschke werden auf der Pressekonferenz u.a. Dokumente von vor Ort aus Ankara vorstellen.

Es ist sehr wichtig, daß Sie oder ein Vertreter/in Ihrer Redaktion auf der Pressekonferenz anwesend ist.

Mit freundlichen Grüßen



TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA VAKFI
TÜSTAV

PS → Luderwald'in Resmi TP Arşivinde var!

KUTLU ve SARGIN'A ÖZGÜRLÜK

Kullandı

(1)

||| KUTLU ve SARGIN' LA ANKARA'YA GİDEN
ULUSLARARASI DELEGASYONDAN
PAPAZ DETLEF LÜDERWALD ANLATIYOR

|| TÜRKİYE'YE DÖNEN POLİTİK ÖĞMENLERLE
DAYANISMA FRANKFURT KOMİTESİNİN BASIN TOPLANTISI

FRANKFURT KOMİTESİ'NİN ÇAĞRISI:
141, 142, 143 ve 163. MADDELER KALDIRILIN!
HAYDUR KUTLU ve NİYAT SARGIN'A ÖZGÜRLÜK!
TÜM POLİTİK ÖĞMENLERE TÜRKİYE FAPILARI AÇILSIN!
GENEL POLİTİK AF!

(Frankfurt. 25 Kasım 1987) Frankfurt Muhabirimiz bildiriyor:

"Türkiye'ye Dönen Politik Göçmenlerle Dayanısma Frankfurt Komitesi" 25 Kasım ~~1987~~ günü sabahı saat 11'de Frankfurt'ta bir basın toplantısı düzenledi. 16 Metall Yabanular Sekreteri Yılmaz Karahasan'in toplantıyı açış konuşmasından sonra, Kutlu ve Sargin ile Türkiye'ye giden uluslararası delegasyon üyesi Papaz Detlef Luderwald, ~~toplantıya~~ toplantıya katılan basın temsilcileri ve dinleyicilere "Ankara Raporu"nu okudu ve izlenimlerini anlattı.

23 Kasım 1987 de Victor Pfaff (Hukukçu), Detlef Luderwald (Papaz, Hessen Eyaleti Yabanular p. M. Başkanı), Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling (Sosyolog), Karin Roth (16 Metall-Sendikacı) Rosi-Wolf (Almanya Reich (IAF) Başkanı), Hermann Müller (Sosyal Pedagog) ve Yılmaz Karahasan (16 Metal Sendikacı) in girişimiyle kurulan Frankfurt Komitesi'nin düzenlediği basın toplantısına DPA (Deutsche Presse Agentur), HR (Hessische Rundfunk), AZ (Anderer Zeitung), FR (Frankfurter Rundschau), Profi (Yunan Gazetesi) ve Evangelische Presse Dienst temsilcileri katıldılar. İzleyiciler arasında Alman demokratlarının yanında Türkiye'li politik göçmenlerden Oya Baydar ve

Frankfurt Türkiyeli Demokratik Öğrenci Derneği yöneticileri de haur bulundu.

Frankfurt Komitesi'nden Sendikacı demokrat Yılmaz Karahasan, Ağız konuşmasında 12 Eylül 1980' sonra Türkiyesi'nin son durumunu genel çizgileriyle anlattı. TKP genel sekreteri Haydar Kutlu ve TİP genel sekreteri Mhath Sargın'ın, Türkiye Birleşik Komünist Partisi nin kuruluş çalışmalarını yönetmek, Türkiye'nin demokratikleşmesi sürecine katkıda bulunmak, yolu aşmak üzere Türkiye'ye pttiklerini; Ankara hava alanında kelepçeli-göz bağlı karışıklardan bitmek bilmeyen uygulamalarına, kutlu'nun kalp rahatsızlığına, uluslararası delegasyon'un, Farklı Tabii Odalar Birliği İhsan Hakkı Derneği, Barolar ve Kutlu ile Sargın'ın Arıhatları'nın programlarına ve Türkiye Basınındaki yansımalarından örneklerle ~~hattı~~ son gelişmeleri özetledi.

Kutlu ve Sargın'la Türkiye'ye piden uluslararası delegasyon üyelerinden Alman Papaz Detlef Lüderwald ile, 16 Kasım'da birlikte yolculuktan ~~iflas~~ Türkiye'deki program ve izlenimlerini anlattı. Basın mensuplarının sorularını yanıtladı.

DELEGASYON'DAN DETLEF LÜDERWALD ANLATIYOR!

TKP ve TİP genel sekreterleri, 16 sında Luftansa uçağıyla Ankara'ya ~~denizden~~ 8 Avrupa ülkesinden 30 kişilik bir uluslararası delegasyonla hareket ettik. Ankara'ya ayak basar başlamaz Türk polisleri'nin ilk işi TKP genel sekreteri Haydar Kutlu'yu delegasyon'dan ayırarak, zorla, elli kelepçeli, pözü bağli olarak küçük bir otomobile ~~koymak~~. Tüm dikkatlerini kutlu üzerinde yoğunlaştırdıklarından ve Sargın'i tanımadıklarından, tanıyamadıklarından olacak, bu sırada Sargın normal yolların bulunduğu servis otobüsüne çıktı binmişti. Farkına varınca onu da kutlu'nun bulunduğu küçük polis otomobilene koydular.

başlamak oldu.

"Türk lera yasaları Avrupa'nın Halkları Bülteni'nden önce de önce gelirdi" dedi. Fikir me sona erince, Savaş Demiral, delegasyonundan İngiliz Somahat ile İtalyan Parlamento üyesi'ni yanına çağırarak "Kutlu ve Sığın susludur" açıklamasını direkt olarak "suslu oldukları iddiasıyla yapılmamaktadır" dedi.

Medis Başkan

Necmeddin Karaduman ile Görüşme

Karaduman, tutuklamanın Adliyesi iptilendirdiğini, özgür karakullmaları tekminin kendisine değil savcılığa yönelik olması perakütümü belirtti. Komünist Partisi'nin izin verilmesinin, ~~komünist partinin~~ olgunlaşmadığını, henüz vaktin gelmediğini, Türkiye'de demokrasiyi yeterince öğrenince sap ve rol uc partilere izin verilebileceğini söyledi.

Görüşmelerde diğhaki cihan ilpings bir paralellik vardı: Komünizm her zaman ve hermen Faşizm ile birlikte karşı alınıyor, aynı ke feye konuyordu.

Bu tarihtel yanılı ve iftiranın israrla üzerine pitti. Faşizm ile Komünizmin uçmaz dışmanlıklarını, uthuklarını vurguladık. Bunu tarihin kanıtlandığını belirttik.

Tüm politikaçılar, hukuk alanına müdahale edemeyecekleri bahaneyle Kutlu ve Sığın'in özgür karakullmaları konusunda yetkili ve forvli olmadıklarını ileri sürüyorlardı.

Kutlu ve Sığın'ın Sağlık ve Yarınları hakkındaki Endişelerimiz

Bu konuda ciddi endişelerimiz vardır. Çünkü:

- İlişimel tekrater Ankara'ya ayak basar basmaz Havaalanında tutulmuşlardır.
- Savaş, mahkemeğe bile şikahatımız sanıklar hakkında "susludurlar" açıklamasında bulunmuştu.
- Kutlu ve Sığın hâla aruhatlarıyla forvte alınmamıştır.
- Kutlu, halk rahatsızlığı için dediler. Kimseyle görüşürülmemekte, Tabipler Odası'nın önerdiği sağlık muayenesi için red edilmişlerdir.

- Politikaclar, soyleclerini Meclis Daskhanı, tutullamalar halikunda tavr almalikden hasenmaliktedirler.

(5)

- Turkiye de bolunulduymuz tim sure boynunca, sivil politelerde surekli izlendik.

FAC Ankhara Biyoghelcin Bay Nephew, delegasyonla gornimelerinde kizisel duzuncelemi zoyle ifade etti:
"Uluslararası alanda posterilen bu ileri kurusunday Turkiye ~~gornimelerinde~~ her ili genel feleriteci hemen ozgur ~~kesim~~ kelimak la en depm sununu yapmis elacalidir."

Delegasyonumuzun ^(Pirizimlerinin) Etkilerinin Etkileri

Ankhara ve istanbul'dahi bir haftalik pirizimlerin boynunca, ~~karar tarafı~~, Kutlu ve Jarayin için son derece genis servelerin Ankhara da dayanısma iinde olduklerin ve hemen ozgur birahulmalarm beklediklerini ~~karar tarafı~~ anlatmaya galistik.

Biri ciddiye aldiklelerin bir belirtisi, sapiriz ve istenmedik feleritini rapmen boynunca gornimeye razı olmalarıdır.

~~Genel olarak~~ Devlet baskani Eren, Kommut Partisi, Kutlu ve Jarayin halikunda, bir Turkiye de gelen, defalerece ve uym uym, konusmalar yapti.

Karar kampanyalara rapmen, delegasyonumuzun suban lan Turkiye basınında genis gornimelere yol asti.

Delegasyonumuz ^{Turkiye'deki varlığı,} Ankhara dahi dayanısma galalarm ~~birimil kaynaga~~ ve Kutlu ve Jarayin'in demokrati smuca delerini halikunda ~~bilgi kaynagi~~ oldu.

birimil

Depiriz Ankhara ilkeleri parlamen tolanndan, partilerinden Ankhara Parlamen borsından, demokrati sistem - sanata bilim vb. servelerinden genis protokoller ~~kuruldu~~ ^{Turkiye yönetimine} iletildi.

Umut Verici Gelişmeler

Türkiye'de demokratik yenileşme gelişmeleri, her neye rağmen, umut vericidir.

Örneğin 1986 yılında kurulan Tulus İnan Hakları Kurumu Derneği, "Demokratik Af ve Ölümlerimizin Kaldırılması Kampanyası" olarak bulunmaktadır.

10 Aralık 1987 ~~gün~~ İnan Hakları Günü'nde Ankara'da, Meclis önünde bir toplu gösteri planlanmıştır.

11 ve 12 Aralık günleri de İnan Hakları konusunda yapılacak olan, derneğin genel kurul toplantılarını gerçekleştirilecektir.

Türk kanını, son günlerde önemli demokratik gelişmelerle yeni kurumlar doğmasını biliyoruz. Ancak topluluğuna üye olma girişimleri, demokratik gelişmeler için önemli bir dayanak olacağı düşünülmektedir.

Kurtuluş Savaşı ile birlikte tüm politik tutukluların özgürlüklerine kavuşması olasılığı bugün daha büyüktür.

Ne yapabiliriz?

- Geniş bir kamuoyu aydınlatmanın
- Kurtuluş Savaşı ile tüm politik tutukluların özgürlüklerine kavuşmaları için dayanışma
- Tüm demokratik ve sendikacı hakların tanınması ile komünist partinin özgürce çalışması ve politik çalışmaları ~~etkilerinin~~ haklarının kullanılmasında kampanyalar gerçekleştirilmesine bir ortamın, koşulların, barındırılması.

ve basımın

Lüderwald'a Federal Almanya'nın Temsilci-
lerinin Soruları : Yanıtlarda Lüderwald'a "İlman

Karakasana ve Özgün Daydara yardım ettiler.

Soru : Komünistlerin ölümlüne devlet töreni yapan
özel yönetimini, komünistlerin diriltirini,
kendiliklerinden, pönüllü dönen komünistleri
neden elleri kelepçeli pönü kaplı tutukluyor?
Değiştiril soruları Türkiye'deyken sormadılar mı?

Lüderwald : Sormay olur muyuz? Hangi sorumuza
doğru yanıt verdiler ki? Depindiyiniz konudaki
tüm sorularımıza aldığımız yanıtlardan
çıkan izlenimim şu: "Biz iktidardır. Biz pönüştük.
Biz yaparız. Her şeyi yapmaya hakkımız var!"
demeye geçiyorlardı.

Soru: TİP de komünist mi idi?

Lüderwald : Türkiye için de komünist hareketinin bir kolu
idi. TKP ile birleşme kararı aldı. TİP ve TKP
yeni bir program ile TBKP'ni oluşturmayı
ve legalleşmesini peşkeştirmekle Estonya
Türkiye için demokratikleşmesinin temel
ölsünü bir olacak. Hiçbir AT ve NATO üyesi
ülkennell KP yasası yok.
TİP 1960 Başlarında kurulmuştu. 9 yıllarda
Mecliste 15 üyeni^(*) seçimle seçmişti.
Ayatlar ve idiler üzerinde saygınlığı ve
etkinliği vardır. 1980 17 ay hüründe kapa-
tılmıştır. TKP de 65 yıldır yasaklıdır.

Soru : Kutsal ve Saygın ne jamandan beri genel sekre-
terdir? Ne jamandır ve nerede politbüro men
idi? Kac yasındalar?

Lüderwald : Kutsal 1983'ten beri TKP MK genel sekre-
terdir. Saygın in 1975'ten beri TİP için de
Saygın 1981'den beri Brüksel'de, Kutsal
1983'ten beri Berlin'de politbüro mensurdu.

Kutsal 41, Saygın in 60 yasındalar-

(*) 15 milletvekili 1 de nator

Soru: Başbakan ve FAC'nde ne kadar
peşin jörmen var vatandaşlık
gizlihanlar kaç kişi?

(8)

Lüderwald: Resmî veriler göre 12 Eylül sonun
tutuklanmalar 250 bin kişiyi aşkın. 100 bin
kişi fişlendi, yurt dışına sığınmaları yasak.
Başbakan'ın da 14.000 peşin jörmen var ve
kavimlerden 1200 kaçıları vatandaşlık
gizlihanlar. Tüm Tuluze'ye dönme ihtis
yorlar.

Soru: İşence söylenececi ciddiye alınabilir mi?

Lüderwald: Sorulama 100 vjman temfenden, videoya
alenaraki, elektronikli kullunmayan ~~adına~~
kısık hücrelerde ~~konut~~ ve pünde en az 12 saat
jüre ile sürdürüldüğünü resmen açıkladılar.
Syalıkta tutma, oturmaya, yatmaya ve
yemek yenmeye izin ve olanab uermeme
fizi jörmenlerin vjplandığı kesin.
Yahinler ile telefonla, konutları ve biseim
delegasyon işgali ile jörmenleri yasak.
İdam hukuk tabaklar olmasının, kurdu yu muayene
isteyi reddedildi. Jörmen işenceyi reddedildi
Ancak FAC Jörmenleri işenceyi dörmelendir.

Soru: Delegasyonun ve TKP-TIP ^{arabak} jörmenini Tuluze
kampanyasında nasıl karışlandı? Yanıklar
ne oldu?

Lüderwald: Tuluze'de purlun Jabak paratezinin
kampanya erastırmasına göre ~~...~~
vatandaşların 70 51'i TKP'nin yasallaş-
masına karşı 70 21'i TKP'nin yasallaşma-
sından yana 70 28'in jörmeni yok.
(İzleyiciler, yeni korundan söylijece-
neler forları ve jörmenler)

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN POLITISCHEN EMIGRANTEN DÜSSELDORF

An den Ministerpräsidenten der Republik Türkei,
An den Präsidenten des Parlaments der Republik Türkei,
An den Staatspräsidenten der Republik Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen(*) zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Zu dem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind, von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Art. 18, 19 und 20 der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten, auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozeß zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen, in der Türkei garantiert werden.

* Dieser Text wurde den meisten Unterzeichnern kurz vor den Wahlen am 29.11.1987 vorgelegt.

ERSTUNTERZEICHNER IN DÜSSELDORF (Liste wird fortgesetzt)

Michael Müller, SPD MdB * Hans Kern, SPD MdL * Friedhelm Meyer, Pfarrer * Dieter Süverkrüp, Liedermacher * Christian Schmidt, Die Grünen BV * Dr. Florence Herve, Journalistin * Dr. Karl-Heinz Mölich, Bundessekretär VDJ * Florian Knobloch, Verband Deutscher Schriftsteller (VS) * Peter Baumöller, DJU Landesbezirk/NRW * Gregor Falkenhain, Gewerkschaftssekretär * Udo Achten, IGM Bildungszentrum Spröckhövel * Thomas Schmidt, Gewerkschaftssekretär * Renate Böhm, Die Grünen /Ratsfraktion * Peter Erkelenz, Betriebsrat * Katharina Jung, Richterin * Peter Berg, GHK Hauptvorstand * Gabriele Hommen, Betriebsratsvorsitzende * C. Yionopoulos, Die Grünen/Ratsfraktion * Wolfgang Spörckmann, Gewerkschaftssekretär * Michael Merkel, Die Grünen/LV NRW * Franz Kersjes, IG D'RUFA/Landesbezirksvors. NRW * Ilse Bütehorn, Rechtsanwältin * Alice Sterzenbach, Sozialarbeiterin a.D. * Werner Sterzenbach, Journalist * Bernd Fiegler, Gewerkschaftssekretär * Klaus Klinger, Maler * Richard Herten, Musiker * Dietmar Lindner, Grafiker * Reiner Ostmayer, Grafiker * Pathena Zoumpoulidou, Oberärztin * Jürgen Ostrowski, Journalist * Reinhold Böhmer, Journalist * Wolfgang Breuer, Journalist * Helga Langen, Kinderärztin * Burkhardt Gollnick, Arzt * Peter Lukaszcyk, Jugendring Düsseldorf/Geschäftsführer * Gisela Knapp, Ärztin * Egon Knapp, Arzt * Karl Fuchs, Betriebsrat * K. Hansen, Betriebsrat * Herbert Schling, Betriebsrat * Dieter Berghof, GEW Stadtverband/Vorsitzender * Wolfgang Friedemann, GEW Stadtverband/stellv. Vors. * Renate Aust, GEW-Fachgruppe Gymnasien * Ulrich Hoffmann, Steuerberater * Dr. Med. Wolfgang Mross, Arzt * Franz Zipperer, Dipl. Päd. * Annette Schilling, Kulturmanagerin * Lothar Jessen, Sozialpäd. * Gisela Dapprich, Rechtsanwältin * Dr. Henning Obst, anwalt * Claudia Becker, Rechtsanwältin * Marion Gaidusch, Studentin * Silke Müller, RA-Gehilfin * Helmut Schmidt, Kybernetiker * H. Heger, Betriebswirt * W. Görtz, Chemiker * Diana Heir, Chemikerin * D. Trojkowic, Vors. der Jugend aus JKS * Joachim Kertes, Rechtsanwalt * Renate Aklebeld, Dipl. Päd. * Dieter Reichardt, Die Grünen/Ratsfraktion * Bernd Gäbler, Journalist * Fritz Holstein, Journalist * Heinz Thüer, Journalist * Ruth Lemmer, Journalistin * Ariane Neuhaus-Koch, Literaturwissenschaftlerin * M. Hein, Sozialpäd. * Willi Nodes, Sozialpäd. * Gerd Reeder, Lehrer * Susanne Heinke, Archivarin * Günther Karen, Sozialarbeiter * Isabell Basterra, Sozialarbeiterin * Helmut Haensch, Redakteur * Peter Kirchner, Bankkaufmann * G. Woscke, Lehrerin * Ingrid Landau, Apothekerin * Helga Mies, Redakteurin * Michael Tellmann, Bankkaufmann * Wolfgang Hendges, Betriebsrat * Ilse Hympehdahl, Hausfrau * Jochen Roeder, Elektr. Meister * Siegfried Barlach, Schlosser * Helga Abt, Juristin * Dorothee Gausen, Dipl. Päd. * Renate Ahlefeld, Dipl. Päd. * Georg Blanchard, Lehrer * Angela Jaenke, Studentin * Anđelka Radokouwiche, Mannequin * Ursula Rudolf-Torgary, Korrektorin * Klaus Stein, Lehrer * Andree Dröge-kamp, Soldat * Astrid Rapsch, Lehrerin * Willi Kutz, Rentner

VDJ Regionalgruppe Düsseldorf * Konferenz der Evangelischen Jugendarbeit in Düsseldorf (KEJD) * ASTA Ausländerreferat Uni Düsseldorf * Vorstand der MAPU - Arbeiter- und Bauernpartei Chiles in der BRD * Einheitszentrale der Werktätigen Chiles (CUT) * DAG-Jugend Düsseldorf * JUSOS Düsseldorf * SDAJ Düsseldorf * DKP Kreis Düsseldorf * Wandmalergruppe Düsseldorf * Heinrich-Heine Buchhandlung * Haarforum * Olifant Weinhandel *

IST DIE TÜRKEI AUF DEM WEG ZUR DEMOKRATIE ?

Eine Informationsveranstaltung über die "Türkei-Aktion"

Die Teilnehmer mehrerer Delegationen, die sich als Augenzeugen in den vergangenen Wochen persönlich in der Türkei umsahen, werden in dieser Veranstaltung ihre Berichte über die aktuellen politischen Situation in der Türkei erstatten.

B e r i c h t e :

- Wolfgang Hauck, Stadtrat, Nürnberg
- Hannes Kuhlmann, Journalist, Gelsenkirchen
- Eberhard Pfleiderer, MdBB, Bremerhaven
- Paul Tiefenbach, MdBB, Bremen

M o d e r a t i o n :

- Ein Vertreter der "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten"



Datum : Freitag, 11. Dezember 1987

Uhr : 19.30 - 21.45 Uhr

Ort : Aula der Volkshochschule Bremerhaven
Friedrich-Schiller-Haus, Lloydstr. 15

Veranstalter: "DIE INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI
ZURÜCKKEHRENDEN POLITISCHEN EMIGRANTEN"
mit Unterstützung der SPD, GRÜNEN, DKP

Montag, 07. Dezember 1987

Fazit nach Reise in die Türkei: Eine zivile Diktatur mit Kosmetik

Delegation mit Abgeordneten der Grünen: „Strafgesetze dehnbar wie Gummi“

Eine Woche weilten die Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen, Eberhard Pfeleiderer aus Bremerhaven und Paul Tiefenbach, mit einer Delegation in der Türkei. Die Gruppe wollte sich ein Bild über die Demokratiebestrebungen in der Türkei machen. Außerdem sollten Erkundigungen über das Schicksal von zwei Oppositionspolitikern eingeholt werden, die in Begleitung von Europa-Parlamentariern aus

dem Exil in ihre Heimat zurückgekehrt waren und noch auf dem Flugplatz verhaftet wurden. Im Gepäck hatte die Delegation die Forderung, die beiden Politiker freizulassen. Daraus wurde jedoch nichts. „Es hört sich alles gut an, doch wenn man den Dekkel hochhebt, bleibt von der Demokratie wie wir sie kennen nicht viel übrig“, faßt Pfeleiderer seine Eindrücke zusammen.

Die Delegation feierte zu einem Zeitpunkt in die Türkei, als dort die Parlamentswahlen anstanden. Daraus ging Ministerpräsident Özal als Sieger hervor. Schon beim Betrachten des Ergebnisses werde deutlich, wie ernst es die Regierung mit dem Wort Demokratie meine. „Es ist schon erstaunlich, wie geschickt die Militärs das Wahlrecht zu ihren Gunsten verzapft haben“, berichtet Pfeleiderer. Mit 36,2 Prozent der abgegebenen Stimmen hätte Özal zwei Drittel der zu besetzenden Sitze erobert. Nach außen hätte die Wahl einen demokratischen Anstrich gehabt, doch die Wahlgesetze seien so abgefaßt, daß der Sieger von vornherein feststanden habe.

Als Beweis führt Pfeleiderer zwei Beispiele an. Erstens seien Fernseh- und Radiosender in staatlicher Hand und zweitens seien alle Parteien links von den Sozialdemokraten verboten. „Die Wahlen sind zwar ohne Zwischenfälle über die Bühne gegangen, doch einige Tage später ist der Alltagstrott wieder eingekehrt“, meint Pfeleiderer. Verhaftungen von Gewerkschaftssekretären und Oppositionspolitikern seien für die Türkei normal.

Die Delegation nutzte den Besuch zu Gesprächen mit Vertretern der türkischen Ärzte- und Rechtsanwaltskammer und dem Verein für Menschenrechte. „Es war beeindruckend, wie offen diese Leute über Folter, Verhaftungen und ihren Kampf für die Demokratie sprechen, obwohl sie dabei ständig mit einem Bein im Gefängnis stehen“, wundert sich der Politiker der Grünen. Eine Meinungsfreiheit gebe es fast gar nicht und ständig müßten die Oppositionellen damit rechnen, in den Knast zu wandern.

Die „Anführer“ einzulochen sei für die Regierung eine Kleinigkeit, denn die Strafgesetze seien dehnbar wie Gummi. Pfeleiderer: „Die Gesetze sind seit dem Militärputsch 1980 nicht verändert worden, nur jetzt werden sie von Zivilisten ausgeführt und das Militär steht nur noch im Hintergrund.“ Zur Zeit sitzen laut Pfeleiderer rund 15 000 politische Häftlinge in türkischen Gefängnissen, die bereits verurteilt sind oder noch auf einen Richterspruch warten.

Darunter sind auch die beiden Generalsekretäre der Linksparteien, die sofort nach ihrer Ankunft verhaftet wurden. Die

Delegation bemühte sich, einen Termin beim zuständigen Generalstaatsanwalt zu bekommen – vergebens. „Wir sind ins Polizeigefängnis überhaupt nicht reingekommen“, berichtet der Politiker. Der Staatsanwalt hätte in den nächsten Tagen keine Zeit und würde auch kein Protokoll schreiben annehmen, hieß es von Polizisten. Damit war das Kapitel schon abgeschlossen.

Mit den Anwälten der beiden Inhaftierten wurde ein erneuter Versuch unternommen, doch nur diesen beiden gelang es, ins Gefängnis zu kommen, was nach Pfeleiderer eine großmütige Geste des Staatsanwalts war, denn im Normalfall haben Häftlinge, die in Untersuchungshaft sitzen, nicht einmal Anspruch auf einen Verteidiger und dürfen auch keine Verwandtenbesuche empfangen. Mit Prügelstrafen und Folterwürden Geständnisse von ihnen erzwungen.

Am Tag der Abreise erfuhr die Delegation, daß die beiden Häftlinge in ein „normales“ Gefängnis überstellt worden seien und dort auf ihren Prozeß warten würden. Beiden drohen langjährige Gefängnisstrafen. „Von Demokratisierung kann in der Türkei zur Zeit keine Rede sein“, zieht Pfeleiderer ein Resümee seiner Reise. Es herrsche dort vielmehr eine zivile Diktatur mit der erforderlichen Kosmetik.

Augenzeugen berichten von Zuständen in Türkei

„Ist die Türkei auf dem Weg zur Demokratie?“ lautet das Thema einer Informationsveranstaltung am Freitag um 19.30 Uhr in der Aula der Volkshochschule. Die beiden Bürgerschaftsabgeordneten der Grünen, der Bremerhavener Eberhard Pfeleiderer und Paul Tiefenbach, ziehen dort ein Fazit ihrer einwöchigen Reise in die Türkei (siehe obenstehenden Bericht). Einen weiteren Augenzeugenbericht steuert Professor Klaus Liebe-Harkort bei, der die Türkei ebenfalls mit einer Abordnung besuchte.

TÜRKIYE SOS

Nürnberg, 30.11.87

DAYANIŞMA GİRİŞİMİ



16 Kasımdan bu yana sorularında bulunan TKP Genel Sekreteri H. Kutlu ve TIP Genel Sekreteri N. Sarıçam ve diğer tüm politika tutukluların serbest bırakılmaları için oluşturulan girişimde SPD Bavyera Eyalet Meclisi Üyesi Rolf Langenberger, Barış Listesi Bavyera Eyalet Meclisi üyesi Hans-Günter-Schramm, Nürnberg Belediye Meclisi üyeleri Jophie Rieger (Yeşiller) ve Herbert Stiefvater (DKP) bulunmaktadır.

Girişimde ayrıca SPD, DKP ve Barış Listesine üye Almanlar ve Türkiyeliler de aktif olarak çalışmaktadırlar.

Girişimin adresi şöyle:

Initiative für Demokratie und Menschenrechte
in der Türkei
c/o Friedensliste
Keßlerplatz 19

85 Nürnberg

Tel. 0911/557284

Dayanışma Hesap Numarası

Kreissparkasse Nürnberg - Türkei Solidarität

BLZ 76050210

Richard Dollinger

Kto. Nr. 456012

Hans-Günter Schramm

O f f e n e r B r i e f

Essen, d. Nov. 1987

an den
Generalstaatsanwalt des
Staatssicherheitsgerichtes
ANKARA / TÜRKEI

Wir haben mit Bestürzung erfahren, daß die General-
sekretäre der KPdT: Haydar Kutlu und

APdT: Nihat Sargin

am Montag, d. 16.11.1987 bei der Einreise in die Türkei
am Flughafen Ankara festgenommen wurden. Die Beiden
befinden sich noch immer, wie wir verbindlich wissen,
in Haft - obwohl die gesetzliche 48-Stunden-Frist
abgelaufen ist in der man entweder einem Gericht vor-
geführt oder freigelassen werden muß. Selbst die Wahr-
nehmung einfachster demokratischer Rechte, wie die des
Gespräches mit einem Anwalt, wurden ihnen nicht gewährt.
Wir gehen davon aus, daß die Beiden gefoltert werden
so daß wir um ihr Leben fürchten.

Wir protestieren gegen die Vorgehensweise des türkischen
Staates und fordern die sofortige Freilassung der Beiden.
Wir halten es für politisch und moralisch verwerflich, daß
die legale Gründung einer Partei zu staatlichen Gewalt-
maßnahmen führt.

N a m e

Anschrift

TÜRKİYE SOSYAL TARİH VE AKADEMİK VAKFI

Remscheider Friedensinitiative



USCHI HAGMANN-TEINER

Am Muggenbach 6
5630 Remscheid
Telefon 29 30 29

25.11.87

P R E S S E E R K L Ä R U N G

**Titel: Komitee für die Menschenrechte in der Türkei
in Remscheid gegründet**

Am heutigen Abend gründete sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Organisationen Remscheids das "Komitee für Menschenrechte in der Türkei" aus aktuellem Anlaß. (siehe beil. Informationsmaterial)

Wenige Tage vor den Parlamentswahlen in der Türkei wurden die freiwillig in die Türkei zurückgekehrten Generalsekretäre Haydar Kutlu und Nihat Sargin verhaftet und werden ohne reale Anklagepunkte unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangengehalten.

Das Komitee fordert die sofortige Freilassung aller politisch Gefangenen in der Türkei sowie die Garantie der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung sowie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei.

Wir betrachten mit Besorgnis die Einschränkungen des Wahlrechts bei den am kommenden Sonntag bevorstehenden Parlamentswahlen. Angesichts der politischen und gesellschaftlichen Realität kann die Türkei solange nicht Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft erlangen, bis nicht Menschenrechte, Grundrechte und Gewerkschaftsrechte gesetzlich verankert sind.

In einer Telegrammaktion wenden wir uns an den Botschafter der Republik Türkei und planen weiter eine Unterschriftensammlung, Informationsveranstaltungen und Aktionen.

Wir fordern die Remscheider Bürgerinnen und Bürger auf, unsere Bemühungen um einen Demokratisierungsprozeß zu unterstützen, denn wir fühlen uns als Bürger eines EG-Staates verantwortlich für ein potentiell Mitglied unserer Gemeinschaft.

Das nächste Treffen des Komitees findet statt:

Mittwoch den 2.12.1987, 19.30 Uhr

Burger Str. 101 in Remscheid.

Informationen über folgende Telefonnummer: 29 30 29

16 Metall Sendikasının girişimiyle
Frankfurt'ta kurulan "Türkiye'ye Dönen
Politik Göçmenlerle Dayanışma Komitesi"
25 Kasım günü basın toplantısı düzenledi.
Basın toplantısına

16 Metall Yabancılar Sekreteri Yılmaz Karahasan
Papaz Detlef Luderwald katıldı.
Luderwald Türkiye işlenimlerini anlattı.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA YAKETİ

TU'de yayınlanırdı ve F. Almansy'den de
izlendi.

Almanya Sosyalist Birlik Partisi MK H. Kutlu ve
N. Sargın'la dayanışma bildirisi yayınladı.

19 Kasım tarihli Neues Deutschland'da (ASBP MK Organı)
yayınlanan MK bildirisi aynen şöyledir:

"Almanya Sosyalist Birlik Partisi Merkez Komitesi, TKH
MK Genel Sekreteri ~~xxxTIP Genel Sekreteri~~ Haydar Kutlu ve
TIP Genel Sekreteri Nihat Sargın'ın 16 Kasım 1987'de Ankara'ya
dönüşleri de gözaltına alındıklarını öfkeyle öğrenmiştir.

İki politikacı uzun yıllar süren göçmenlikten sonra TBE'nin
legalleşmesini sağlamak ve böylelikle ülkeleri deki demokratik-
leşme sürecine katkıda bulunmak amacıyla ülkelerine dönmüşlerdir.

ASBP barış, demokrasi ve toplumsal ilerleme mücadelesinde
kardeş Türkiyeli partilerin kararlı bir ş ki de yanındadır.
Komünistlerin, sendikacıların ve barış ~~xxx~~ için mücadele edenlerin
koğuşturulması ve hapse atılması, hele Helsinki sonuç belgesini
imzalamış bir ülkede çağdışı bir olaydır.

ASBP MK iki partinin önderlerinin gözaltına alınmasını
kesinlikle protesto eder ve onların derhal serbest bırakıl-
masını ve onlara karşı her türlü baskının son bulmasını talep
eder. ASBP MK, Türkiyeli komünistlere, tüm demokrat ve ilerici
güçlere H.Kutlu ve N.Sargın yoldaşların serbest bırakılması için
verdikleri mücadeleye enternasyonalist dayanışma içinde olaca-
ğına söz verir.

telebrief

DEUTSCHE
BUNDESPOST



9. Expéditeur (y compris code postal)

()

Mitglieder der
Friedensbewegung.
M. Kuden. i. A.
7100 Heilbronn
Hans-Holbeinweg 2

1. Bureau d'origine / N° de téléphone	
2. Bureau transmetteur	3. N° du document
4. Pages	5. Date (et heure)
6.	
7. Mode de remise et mentions de service	Gr.
<input type="checkbox"/> ()	

8. Destinataire (y compris code postal) *An den*
Präsidenten der
Republik der
Türkei i. Ankara
Necmettin Erbakan

Herr Präsident
Wir fordern die sofortige
Freilassung von Kutlu und
Sargin und sofortigen
Kontakt mit ihren
Anwälten!
Mitglieder der Friedensbe-
wegung Heilbronn. ~~Kuden~~ Kuden
Klotz. Salm. Kugler-Wenelt. Hütter
Mayer. de Castro. Fremtas. Häfele.
Fix. Partsch.

derselbe Text ging auch an den
 Staatspräsidenten Kenan Evren
 und an den Ministerpräsidenten -
 Turgut Özal, wie aus der
 Fälschung der Post hervorgeht!

M. Küller.

Einlieferungsschein
Bitte Rückseite beachten!

Gegenstand (Abkürzungen umseitig)
Telebrief (3)

Wertangabe		Nachnahme	
DM		DM	PI
	39,-		

Empfänger
Kenan Evren, Turgut Özal
Necmettin Erbakan

Postleitzahl, Bestimmungsort, ggf. Zustellpostamt
Ankara / Türkei

Postvermerk
Gewicht (bei Sendungen mit Wertangabe)
g 9

Einlieferungs-Nr.
HEILBRONN
23.11.87-14
77

912 091 000-8 nota 1.84.376-4321 A 7/100, KI. 36 rc DA Pl Anl. 38

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

Krieg, Martin
Name Vorname

Student
Beruf

7070 Schwab. Gmund Hans Fern. Str. 1
Adresse

Wah
Unterschrift

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

Wendt Christiane Schuckalesignarin
Name Vorname Beruf Adresse Unterschrift
Klarenbergstr. 62 2020 Gb

Kontaktadresse: G.Parwes, Hansastr. 86, 4100 Duisburg 1

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

Kurz vor den vorgezogenen Wahlen in der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nach demokratischen Verhältnissen zu den wichtigsten Punkten der politischen Tagesordnung.

Diejenigen, die aus dem Ausland die Entwicklungen in der Türkei verfolgen, haben, trotz aller Meinungsdivergenzen auf anderen Gebieten, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einhellige Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Staaten, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Desweiteren ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europaparlament vertreten und unternimmt gemäß ihrer Position in der Reihenfolge auch den Vorsitz des Europarates.

Trotzdem aber beachten die Regierungen vor allem in der Periode nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 nicht die Rechte und Freiheiten, die den Charakter der internationalen Organisationen, deren Mitglied die Türkei ist, ausmachen und die in den internationalen Abkommen verbürgt sind. Insbesondere beachten die Regierungen nicht die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dieser Zustand muß aufgehoben werden, und die demokratischen Regeln und juristischen Bestimmungen, die in allen europäischen Ländern gültig sind, müssen auch in der Türkei Gültigkeit erlangen.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Türkei, in die Türkei zurückzukehren, mit der Absicht, gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir fordern, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, bei ihrer Rückkehr in die Türkei garantiert werden.

Ich/~~Wir~~ protestiere(~~n~~) gegen die am 16.11.87 erfolgte Verhaftung und erwarte(n), die sofortige Freilassung der beiden Generalsekretäre.

Name: *Schmucker*

Vorname: *Gesa*

Adresse: *Platter Str. 10, 6229 Schlangenbad 3*

Unterschrift: *J. Schmucker*

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinigten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinigten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

Reisele Mathias

Name Vorname

Beruf

Schwab. Grund M. Deise

Adresse

Unterschrift

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

Ulrich Briefs *Detlev Lüderwald*

Name Vorname	Beruf	Adresse	Unterschrift
--------------	-------	---------	--------------

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

Zielfter Ludwig Bentner Entgeltlos 92,610. Ludwig Briefs
Name Vorname Beruf Adresse Unterschrift

Kontaktadresse: G.Parwes, Hansastr. 86, 4100 Duisburg 1

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

And. Sakellariou *Lothar Kupp* *Schumm-Garling* *Sakellariou*
Name Vorname Beruf Adresse Unterschrift

Kontaktadresse: G.Parwes, Hansastr. 86, 4100 Duisburg 1

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Gärling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

SEIDEL, Ingrid Oberlehrerin i.R. / Strassdorfer Str. 10 Ingrid Seidel
Name Vorname Beruf Adresse Unterschrift

4070 Schw. Gmünd

Kontaktadresse: G.Parwes, Hansastr. 86, 4100 Duisburg 1

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKIE ZURÜCKKEHRENDEN
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakellariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

Hakima Tobias, *Antenne* 7070 Scheffelsmühl *Antenne*
Name Vorname Beruf Adresse Unterschrift
Theodor Sternstr. 3

Kontaktadresse: G.Parwes, Hansastr. 86, 4100 Duisburg 1

Başın ağrılarının

Ullmann: Veniler - Bismuth Nitrat

Eberhart Phosphor

29.11.22 Fikhyale

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

17. Jahn, W. Sagen

Handwritten notes in German, including 'Başın ağrılarının', 'Ullmann: Veniler - Bismuth Nitrat', and 'Eberhart Phosphor'. The text is written in cursive and is partially obscured by a diagonal watermark.

Handwritten notes at the top of the page, including 'Başın ağrılarının', 'Ullmann: Veniler - Bismuth Nitrat', and 'Eberhart Phosphor'. The text is written in cursive and is partially obscured by a diagonal watermark.

Handwritten notes at the very top of the page, including 'Başın ağrılarının', 'Ullmann: Veniler - Bismuth Nitrat', and 'Eberhart Phosphor'. The text is written in cursive and is partially obscured by a diagonal watermark.

2. İnanç delegasyonları 5-12-87 tarihine
gidecek birini belirler yardım
komitesi, (İnanç) inisiyatif komitesi.
3. İnisiyatif birimlerin delegasyonları
kavramına tarihçe girer.

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
İnanç delegasyonları için birim

İnanç delegasyonları amacı, gerçek
maneviyat ile görüşmek ve her birinin
değerlendirmek durumunu aydınlatmak
konusunda birim politikalarını
seçmek, uygulamak, sadece faaliyetlerin
olması. Tarihçe birimlerinin delegasyonları.
yeni cilde alınması ve alınacak
kurumunun birimlerinin komite
Cahirem verdiğini belirttik.
Sağlık durumlarından dolayı
serbest bırakılmamıştır.

48. den sorgulama sürecinin
bir haftaya uzatıldığına
bu süreç daldığına, bu süreçlerin
yeni bir aşama çıkarılması gerektiğini
sorguladı.

Curatus - öğleden sonra Paris
Referans - görüşte (5. 12. 82)

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Türkiyede payas göre yapılmakta olan
Seçimlerde demokrasiye geçiş açısından
önemli bir adım olarak görülmektedir.

Helsinki'de imzalanmış İnsan Haklarına
durumunun, demokrasiye bir önemli
bir katkı olarak değerlendirilmelidir.

Bu durum üzerine, demokratik olan
für partilerin ve sendikaların legal
olması gereklidir. 52-

~~dayanarak~~ göre, Hkp. ve tip. genel
seçimlerdeki istikrarlı tutumunun
icrası ^{antimadde} ataradıkları ve ^{antimadde} ^{antimadde}
görülmektedir. ^{antimadde} ^{antimadde} ^{antimadde}

SPD frahsyanu adina bu derin
profite ediyory ~~ve su inat~~

a) Bu insulun derhad serbest
biralymlune ve ameklanyla
girdiöatmleri -

b) Bu arkeadeslun özgünlüklerin
goranti alinir almese isbyany.

Claw dit Bremer

frahsyan basken

SPD - Landes Bremen -

885521+
885521 tbtm d
885521 tbtm d
246098 spdbr d

fernschreiben an
die botschaft der republik tuerkei
bonn 2
utestrasse 47

Ø#S

23.11.87

Ø3, Ø55+839/'Ø3? 3d

wir bitten sie um weiterleitungsgenden
885521 tbtm d text bitten wir weiterzuleiten an

an den
staatspraesidenten
der republik der tuerkei

an den
praesidenten des parlaments
der republik der tuerkei

an den
ministerpraesidenten
der republik der tuerkei

die spd-buergerschaftsfraktion des landes bremen begruesst die
vorgezogenen wahlen in der tuerkei als wichtigen schritt zur
wiederherstellung demokratischer rechte.

sie erwartet von einem land, das die europaeische menschenrechts-
konvention sowie die schlussakte von heelsinki unterzeichnet hat,
dass es den weg zur demokratie zuegig fortsetzt.

voraussetzung dafuer ware die legalisierung und freie politi-
sche bestaetigung demokratischer parteien und der gewerkschaften.

die spd-fraktion hat deshalb mit bestuerzung die nachricht auf-
genommen, dass die generalsekretaere der arbeiterpartei der
tuerkei und der kommunistischen partei der tuerkei bei ihrer
rueckkehr in istanbul verhaftet wurden und dass es ihnen ver-
wehrt wurde, ihre rechtsanwaelte zu sprechen.

die spd-fraktion protestiert gegen dieses verfahren und appelliert
an die zustaeendigen stellen:

- gewaehren sie den verhafteten ein rechtlich einwandfreies
verfahren unter hinzuziehung ihrer rechtsanwaelte (ausr)
- garantieren sie den zurueckkehrenden politischen emigranten
die vollen buergerlichen rechte und freiheiten (ausr)

claus dittbrenner
vorsitzender der
spd-buergerschaftsfraktion
des landes bremen

246098 spdbr d
885521 tbtm d

Werner Petri
Karl-Zörgiebel-Str 52
6500 Mainz

S O L I D A R I T Ä T mit den D E M O K R A T E N
in der T Ü R K E I

Liebe Freunde/innen !

Wie Sie wissen sind vorige Woche die beiden Generalsekretäre H.Kutlu und N.Bargin bei dem Versuch öffentlich wieder in die Türkei zurück zu kehren verhaftet worden.Sie wollten versuchen in der Türkei legal eine kommunistische Partei aufzubauen.

Bei ihrer Rückkehr wurden sie von einer großen Delegation begleitet. Zu dieser Delegation gehörte auch Pfarrer Detlev Lüderwaldt,der Geschäftsführer des Initiativausschusses Ausländische Mitbürger in Hessen.

Wir haben ihn eingeladen um uns von seinen Erfahrungen mit dieser Delegation in der Türkei zu berichten.

Bitte kommt am

Montag,den 30.November 19.30 Uhr in das
Neustadtzentrum,Nebenraum -Hochpaterre
Goethestr.7

Wir wollen miteinander überlegen ob und wie wir in Mainz die beiden Verhafteten unterstützen können.

Bitte gebt diese Einladung an Interessierte weiter !

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



(Werner Petri)

Werner Petri
Karl-Zörgiebel-Str 52
6500 Mainz

S O L I D A R I T Ä T mit den D E M O K R A T E N
in der T Ü R K E I

Liebe Freunde/innen !

Wie Sie wissen sind vorige Woche die beiden Generalsekretäre H.Kutlu und N.Bargin bei dem Versuch öffentlich wieder in die Türkei zurück zu kehren verhaftet worden. Sie wollten versuchen in der Türkei legal eine kommunistische Partei aufzubauen.

Bei ihrer Rückkehr wurden sie von einer großen Delegation begleitet. Zu dieser Delegation gehörte auch Pfarrer Detlev Lüderwaldt, der Geschäftsführer des Initiativausschusses Ausländische Mitbürger in Hessen.

Wir haben ihn eingeladen um uns von seinen Erfahrungen mit dieser Delegation in der Türkei zu berichten.

Bitte kommt am

Montag, den 30. November 19.30 Uhr in das
Neustadtzentrum, Nebenraum -Hochpaterre
Goethestr.7

Wir wollen miteinander überlegen ob und wie wir in Mainz die beiden Verhafteten unterstützen können.

Bitte gebt diese Einladung an Interessierte weiter !

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



(Werner Petri)

Menmet Osman SHEMMEDI

Paul-Schmook Str.56

6600 Saarbrücken

Saarbrücken'den 24.11.1987

An den
Ministerpräsidenten
des Saarlandes
Oskar Lafontaine
Staatskanzlei
6600 Saarbrücken

Sehr geehrter Herrn Lafontaine,

bezugnehmend auf unseren heutigen Telefonat mit Frau Kramer,
bitten wir um einen Gesprächstermin mit Ihnen beziehungsweise
ein Vertreter von der Regierungsstelle.BEM (Presse Info. Zentrum),
in Duisburg hörten wir, daß Sie einen Untersuchungskommission in
die Türkei schicken wollen.Ihre Kollegin Heidemarie Wieczorek-Zeul
hat ja gerade appelliert den Generalsekretäre der TLP und TKP die
vollen burgerlichen Rechte und Freiheiten zu garantieren.
Ein Gesprächskreis von türkischen Kollegen ist sehr bewegt von
der der zeitigen Lage in der Türkei.In dessen Auftrag wende ich
mich an Sie.Ein Gespräch erscheint uns nützlich.

Mit vorzüglichen Hochachtung !

Ihr Menmet Snemmedi

Absender

RECHTSANWALT
LAFONTAIN

Bötenbergstr. 17, 53005 Bonn

600 SAARBRÜCKEN

Spillstraße 10, Saarbrücken

Bitte mit
DM 0,60
freimachen

Ich fordere die sofortige Freilassung des
Generalsekretärs der Türkischen Arbeiter-
partei (TIP) Nihat Sargin, des General-
sekretärs der Kommunistischen Partei
der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu und aller
anderen inhaftierten Demokraten!

An den
Botschafter der
Republik Türkei
Utestr. 47

5300 Bonn 2

Hans Lafontaine
gez. Lafontaine

Unterschrift

Saarland eyaleti
Basbakan Lafont
ayn'in kardeşi
bu hazırladığımız
kartlardan
birisini imza-
ladı. (kendisi
avukatır.

Bilgilerinize sunar.
Bazılar dilerim.

İbrahim

Not: İlişkideki mektup 26.11.87'de gönderildi.



Nürnberg den 2. Okt.



DER EINZIG RICHTIGE SCHRITT, DER DAS RAD DER GESCHICHTE NACH VORNE DREHEN KANN...

Die Zentralkomitees der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) haben die Generalsekretäre beider Parteien mit der Rückkehr aus dem Ausland, wo sie als politische Emigranten leben, in die Türkei beauftragt, damit die Vorbereitungen getroffen werden, die Tätigkeit der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (VKPdT), die aus dem Zusammenschluß beider Parteien hervorgehen wird, legal zu beginnen.

Die Führungen beider Parteien halten es für notwendig, diesen einstimmig gefaßten Beschluß vor der Öffentlichkeit zu begründen, da ihnen die Verantwortung gegenüber unserem Volk über alles geht.

Die Entwicklungen der letzten Zeit haben das Schicksal unseres Landes seit einiger Zeit an einen historischen Scheideweg geführt. Entweder wird unser Land weiter mit der bisherigen antidemokratischen Politik und dem Regime in einem Zustand zwischen Instabilität und Militärputschen verharren, oder es wird mit einer neuen Politik und einem neuen Regime den Weg der Demokratisierung einschlagen. Das unter sehr repressiven Bedingungen stattgefundene Referendum, auch wenn seine Thematik sehr begrenzt war, hat gezeigt, daß unser Volk diesen Weg einschlagen will, aber daß es noch große Hindernisse auf diesem Weg existieren, die überwunden werden müssen. Heute ist es deutlich zu erkennen, daß die herrschenden Kräfte das autoritäre, antidemokratische Regime dauerhaft machen wollen, die Art und Weise, wie die vorgezogenen Wahlen auf die Tagesordnung gebracht wurden, zeigt diese Absicht deutlich auf. Die Regierung zwingt die legalen Oppositionsparteien, sich unter ungleichberechtigten Bedingungen an der Wahl zu beteiligen, ja, besteht sogar darauf, die Existenzberechtigung der Parteien links der Sozialdemokratie nicht anzuerkennen.

Aber die Entwicklungen im Ausland und im eigenen Lande haben die Legalisierung der kommunistischen Bewegung in der Türkei, die Rückkehr der politischen Emigranten in die Heimat und die Freilassung der politischen Gefangenen als eine praktisch notwendige Forderung der Demokratie auf die Tagesordnung des politischen Lebens gestellt. Daß man der Erfüllung dieser Forderung viel stärker näherkommen kann, in dem man die Vereinigung der kommunistischen Bewegung herstellt, hat das positive Echo auf die Gründungserklärung der VKPdT bewiesen. Die politische Geschichte unseres Landes zeigt auf, daß der unfruchtbare Kreislauf, der dadurch erzeugt wird, indem die eingeschränkten Demokratien zur Instabilität, die Instabilität zu Militärputschen und die Militärputsche wiederum zu eingeschränkten Demokratien führen, nur dann durchbrochen werden kann, wenn ein Zustand demokratischer Stabilität geschaffen wird, in dem auch die kommunistische Bewegung legal arbeiten kann. Die tiefe Anteilnahme der breiten linken, demokratischen Kräfte an der Trauer um den Tod unserer Vorsitzenden Behice Boran, die in ihrer Person die Einheit beider Parteien repräsentiert, zeigt auf, daß sich heute in der Türkei ein aktueller realer Wille und konkrete Erwartung nach der Legalisierung der kommunistischen Bewegung entstanden ist. Die Führungen der TIP und der TKP, die ein untrennbarer Teil der demokratischen Kräfte der Türkei sind, haben aufgrund der neuen gegebenen Situation, den angebrachtesten Schritt beschlossen, daß ihre zwei bevollmächtigten Vertreter noch vor den Wahlen in die Türkei zurückkehren, um Vorbereitungen zu treffen und Initiativen zu entwickeln, damit die VKPdT ihre Arbeit legal beginnen kann.

Die Führungen der TKP und der TIP sind sich dessen bewußt, daß es sich aufgrund dieses Beschlusses im Innenleben beider Parteien neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten stellen. Jetzt befinden sich beide Parteien in den Vorbereitungen für den historischen Vereinigungskongreß. Ohne diesen Prozeß zu verlangsamen, werden die beiden Parteien nach diesem Beschluß mit ihrer ganzen Kraft darauf hinarbeiten, das legale Betätigungsrecht praktisch zu erkämpfen. Jeder Schritt, der zum Vereinigungskongreß hin getan wird, wird gleichzeitig ein Schritt für den Übergang der Kommunisten zur Legalität und zur Gründung der VKPdT als eine legale kommunistische Partei sein. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Absicherung der Einheit der VKPdT unter allen Bedingungen getroffen.

Nach dem schmerzenden Verlust unserer Genossin Behice Boran, sind sich die Führungen der TIP und der TKP bewußt, daß sie eine große Verantwortung auf sich nehmen, indem sie ihre zwei höchsten Verantwortlichen mit dieser mit höchsten Risiken verbundenen Aufgabe beauftragen.

Wir glauben, daß wir mit diesem Beschluß in diesem Moment den einzig richtigen Schritt gemacht haben, der das Rad der Geschichte nach vorne drehen kann. Wir verteidigen mit diesem Schritt nicht nur die Interessen der VKPdT. Damit die politischen Emigranten nach ihrem freien Entschluß ungehindert in die Heimat zurückkehren können, alle revolutionären linken Organisationen sich frei betätigen können, bedarf es Verhältnisse, deren Erkämpfung wir in der Praxis beginnen. Wir machen einen wichtigen Schritt, damit alle demokratischen Kräfte, die bis jetzt selbst im Schatten der gegen die Kommunisten verhängten Verbote unterdrückt wurden, ihre politischen Freiheiten voll erhalten. Wir wollen das Ruder in der Türkei endgültig in Richtung der Demokratisierung herumwerfen und Bedingungen für die bestmögliche Arbeit der Kommunisten an diesem Prozeß ermöglichen, darin liegt die allgemeine Bedeutung und der Inhalt unseres Beschlusses. Damit wird auch die Schaffung der die nationale Unabhängigkeit stärkenden innenpolitischen Bedingungen beschleunigt, die eine aktivere Mitarbeit der Türkei am Friedens- und Entspannungsprozeß ermöglichen, in einer Zeit, wo sich unsere Welt in einer kritischen Lage befindet und im Vorfeld eines historischen Vertrages zwischen den USA und der UdSSR, der den Prozeß der nuklearen Abrüstung praktisch einleitet. Bei diesem Schritt vertrauen die Führungen der TIP und der TKP nur der sich durch die Idee der Demokratie Tag für Tag ansammelnden Kraft. Wir glauben, daß die Begründung unseres Beschlusses von den oppositionellen Parteien, Gewerkschaften, demokratischen Organisationen und Intellektuellen verstanden werden wird, die selbst bis vor einer Periode zwischen den Mauern dieser Verbote eingesperrt waren. Wir brauchen die demokratische Solidarität von jedem einzelnen Mitbürger, unabhängig seiner politischen Anschauung. Wir vertrauen unserem Volk. Die Fahne, die wir für die Demokratisierung unseres Landes aufgerollt haben, kann sich nur dann entfalten, wenn jeder, der Demokratie und Frieden will, Schulter an Schulter Solidarität ausübt.

Das Zentralkomitee
der Arbeiterpartei der Türkei

Das Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei der Türkei

28. Oktober. 1987

Freiheit für alle Demokraten der Türkei

Am 16. November 1987 wurden der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, sowie der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, bei ihrer Ankunft in Istanbul brutal verhaftet und verschleppt. Ihnen wurden die Hände mit Handschellen gefesselt und die Augen verbunden. Die mitreisenden demokratischen Persönlichkeiten, Journalisten und Abgeordnete des Europa-Parlaments, wurden geschlagen und weggeschleppt, als sie sich dem Deportationsbus in den Weg stellten.

Beide Persönlichkeiten waren in ihr Heimatland zurückgekehrt, um damit für die Legalität, für das legale Wirken ihrer Parteien zu demonstrieren. Beide Parteien sind seit Jahrzehnten mit einem undemokratischen und unakzeptablen Verbot belegt.

Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigung und Folter gehören dort zum Alltag. So muß man in allergrößter Sorge um das Leben dieser aufrechten Demokraten und Patrioten sein. Der einzige "Vorwurf", den man ihnen macht, ist der, daß sie sich mit all ihrer Kraft und in nationaler Verantwortung für die Interessen der Arbeiter, aller arbeitenden Menschen der Türkei eingesetzt haben.

Es gilt, in dieser Situation Solidarität zu beweisen!

Das Leben von Nihat Sargin um Haydar Kutlu muß gerettet werden!

Freiheit für alle Demokraten der Türkei!

Für die Aufhebung des undemokratischen Verbots der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT) sowie aller anderen demokratischen Parteien!

Wendet euch / wenden Sie sich mit Protesten an:

Botschaft der Republik Türkei

Utestr. 47

5300 Bonn 2

Tel.: 0228/34 60 52-54; Telex - Nr. 885521 oder 885596

Verantwortlich: DKP-Parteivorstand, Prinz-Georg-Str. 79, 4000 Düsseldorf
Eigendruck

An die
Fraktion der
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands im Deutschen Bundestag
- Bundeshaus -

5300 Bonn 1

17. November 1987

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren Abgeordnete der SPD im Deutschen Bundestag!

Am 16. November 1987 sind der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, und der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nyhat Sargin, in Begleitung demokratischer Persönlichkeiten, Journalisten und Angeordneter des Europaparlaments in ihr Heimatland geflogen, um u. a. damit für das legale Wirken ihrer Parteien zu demonstrieren. Beide Parteien sind seit Jahrzehnten mit einem undemokratischen und unakzeptablen Verbot belegt. Meldungen besagen, daß sie nach ihrer Ankunft unter brutalen Umständen verhaftet und mit unbekanntem Ziel verschleppt worden sind.

Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigungen und Folter gehören dort zum Alltag. So sind wir von einer tiefen Sorge um das Leben dieser beiden aufrechten Demokraten ergriffen.

Wir wenden uns in dieser Situation an Sie, an Ihre Fraktion mit der dringenden Bitte, unverzüglich alles zu unternehmen, das Leben dieser beiden Persönlichkeiten zu retten. Wir erhoffen uns, daß ihre Fraktion Anfragen an die Bundesregierung richtet. Dabei geht es uns um die Klärung der folgenden Fragen:

1. Ist der Bundesregierung die Verhaftungsaktion bekannt, und wie wird sie bewertet?
2. Was weiß die Bundesregierung über den Aufenthalt und über die Haftbedingungen?
3. Was weiß die Bundesregierung über die Verhaftungsgründe? Wessen werden sie angeklagt?
4. Kann die Bundesregierung ein rechtsstaatlich einwandfreies öffentliches Gerichtsverfahren bestätigen?
5. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Freilassung dieser beiden Persönlichkeiten wie aller anderen demokratischen Persönlichkeiten in der Türkei zu erreichen?
6. Was unternimmt die Bundesregierung gegen die üblicherweise in türkischen Gefängnissen praktizierte Folter?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung unter diesen Umständen die weiteren Verhandlungen mit der Türkei, die das Ziel der vollen Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft verfolgen?
8. Welche Möglichkeiten bestehen für die bundesdeutsche Botschaft in der Türkei, diese beiden Persönlichkeiten zu besuchen und zu betreuen?

9. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, eine Delegation demokratischer Persönlichkeiten in die Türkei politisch und finanziell zu unterstützen?

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Parteivorstand der DKP

(Herbert Mies)
Vorsitzender

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Düsseldorf, den 17. November 1987

An die
Regierung der Republik Türkei
Herrn Ministerpräsident Özal
Ankara
Türkei

Herr Ministerpräsident Özal!

Meldungen besagen, daß der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, sowie der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, am 16. November 1987 bei ihrer Ankunft in Ankara und in Begleitung demokratischer Persönlichkeiten, Journalisten und Abgeordnete des Europaparlaments, brutal verhaftet und mit unbekanntem Ziel verschleppt worden sind.

Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigung und Folter gehören zum Alltag. Aus diesem Grunde sind wir in großer Sorge um das Leben dieser demokratischen Persönlichkeiten und Patrioten.

Der Flug in ihre Heimat verfolgte das Ziel, für das legale Wirken ihrer Parteien zu demonstrieren, die seit Jahrzehnten mit einem undemokratischen und unakzeptablen Verbot belegt sind.

Der einzige "Vorwurf", der ihnen gemacht werden kann, ist der, daß sie sich in nationaler und internationaler Verantwortung für die Interessen der Arbeiter, aller arbeitenden Menschen der Türkei eingesetzt haben.

Aus diesem Grunde fordern wir Sie auf, den Willkürakt der türkischen Behörden auf das schärfste und entschiedenste zu verurteilen und die unverzügliche Freilassung dieser beiden Persönlichkeiten zu veranlassen. Wir verbinden das mit der nachdrücklichen Forderung nach Freilassung aller widerrechtlich gefangen gehaltenen Demokraten und Patrioten, nach einer Aufhebung des Verbots dieser wie anderer demokratischer Parteien der Türkei!

Sie müssen das Recht erhalten, ohne jedwede Unterdrückung und Diskriminierung politisch wirken zu können!

In diesem Sinne erwarten wir eine Antwort von Ihnen.

Parteivortand der
Deutschen Kommunistischen Partei

(Herbert Mies)
Vorsitzender

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Für die Generalamnestie politischer Gefangener und gegen die Todes-
strafe in der Türkei

- I. Der Menschenrechtsverein der Türkei ruft jeden dazu auf, seine Unterschrift für eine vorbehaltlose Generalamnestie politischer Gefangener in der Türkei abzugeben, damit
- die Wunden, die in einer Zeit geschlagen wurden, als die Türkei eine schreckliche gesellschaftliche Krise erlebte, sich wieder schließen und sich der Weg zu Frieden und Ruhe wieder öffnet,
 - eine sichere, freiheitliche und dynamische gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen wird, indem man der politischen Haft und politischen Urteilen als konkreter Form der Unterdrückung ein Ende setzt,
 - Justizirrtüme korrigiert werden, deren Zahl aufgrund außerordentlicher Rechtsverfahren, unter Folter aufgenommener Aussagen und anderer Ursachen zugenommen hat,
 - man sich von dem gesellschaftlichen Rückschritt befreit, der durch Strafen bedingt wird, die eine Gesamtdauer von tausenden von Jahren erreicht haben, und im Widerspruch zur Freiheit der Gedanken, der Organisation und der Presse verhängt wurden,
 - das Unrecht, das durch einseitige Urteile unter Anwendung politischer Diskriminierung und eines doppelten Rechtsstandarts entstanden ist, beseitigt wird,
 - unsere Mitmenschen, die man dazu zwingt, unter den schlechten Bedingungen der Gefängnisse zu verkommen, wieder unter natürlichen Lebensbedingungen und als gesellschaftlich nützliche Individuen leben können,
 - man sich von dem historischen Irrtum befreit, man könne die Probleme, die eine Gesellschaft als ganze aufgeworfen hat, durch die Bestrafung nur eines Teiles ihrer Individuen lösen, - indem man sich vergegenwärtigt, daß gerade dem organisierten politischen Vergehen nicht das private, subjektive Verhalten einzelner Menschen, sondern die objektiven Ursachen des Wandels der Gesellschaftstruktur zugrundeliegen,
 - man dem Unrecht ein Ende setzt, dem eine Vielzahl von Mitbürgern, die aufgrund zahlreicher Ursachen um ihre Rechte beraubt sind, im In- und Ausland ausgesetzt sind,
 - fordern wir, kurzgesagt, Im Namen des Friedens, der Freiheit und der Demokratie,
- EINE VORBEHALTLOSE GENERALAMNESTIE!

- II. Der Menschenrechtsverein der Türkei ruft jeden dazu auf, seine Unterschrift für eine Abschaffung der Todesstrafe zu geben:
- Da sie ein direkter und mit keinem Recht vereinbarer Angriff auf das Recht auf Leben ist,
 - Da sie dem primitiven Verständnis der Rache entspringt,
 - Da sie dem modernen Verständnis des Strafvollzugs, der das Ziel verfolgt, den Verurteilten zu bessern und der Gesellschaft zurückzugewinnen, direkt widerspricht,
 - Da es im Falle eines Justizirrtums keine Möglichkeit der Wiedergutmachung und Korrektur gibt,
 - Da sie in sämtlichen zivilisierten Staaten abgeschafft wurde,
 - Da sie nicht die geringste Funktion als Abschreckung vor Verbrechen besitzt.

Um die Achtung vor dem Leben und der Ehre des Menschen zu verbreiten,

FORDERN WIR DIE RATIFIZIERUNG DES ZUSATZPROTOKOLLES Nr.6 DES EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSABKOMMENS UND DAS ABSETZEN DER TODESSTRAFE IN DER TÜRKISCHEN VERFASSUNG SOWIE IN ALLEN WEITEREN GESETZESTEXTEN

An den Menschenrechtsverein, Ankara

Ich schlieÙe mich Ihren Forderungen nach Generalamnestie und nach der Aufhebung der Todesstrafe an.

Insan Haklari Dernegine, Ankara

Genel af için ve ölüm cezalarının kaldırılması yolundaki istemlerinize katiliyorum.

Vor - und Zuname

Adresse

Unterschrift

Viola Hebelentempel Simkennis-Landstr. 42

Hebelentempel

Stefan Schell, Alfr.-Messel-Weg 8B/45/6-100 Da-

Schell

Jamschid Farhad - Flora Straße 32

J-Farhad

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TÜRİH ARAŞTIRMA MERKEZİ

VERSCHIEDENE INITIATIVEN
GEGEN DIE WILLKÜRLICHE VERHAFTUNG
VON
HAYDAR KUTLU UND NIHAT SARGIN

Renate Schmidt (SPD-MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion), Barbara Noak (SPD-MdB), Dr. Ulrich Briefs (MdB-die Grünen), Ottmar Schreiner (SPD-MdB), Michael Müller (SPD-MdB), Jannis Sakellarioe (SPD-MdE), Hans Günther Schramm (Friedensliste- MdL Bayern), Prof. Klaus Liebe Harkort (Bremen), Prof. Ursula Schumm-Garling (Dortmund), Prof. Lothar Kupp (Frankfurt am Main), Prof. Reiner Dietrich (Frankfurt am Main), Prof. Dr. Hans See (Frankfurt am Main), Prof. Barbara Dietrich (Wiesbaden), Prof. Franz Hamburg (Mainz), Horst Simonowski (Theologe, Mainz), Werner Petri (Pastor, Mainz) Barbara Wiemann (Pastörin, Dortmund), Detlev Lüderwald (Pfarrer, Frankfurt) Dr. Peter Schütt (Schriftsteller, Hamburg), Franz Josef Deggenhart (Muziker, Hamburg), Giesela Bil (die Grüne-MdL Mainz, Vorsitzende der Landtagsfraktion) haben eine "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten" gegründet.

*

Björn Engholm, Günther Wallraff, Manfred Binniger, René Böll, Prof. Eberhard Richter, Franz Alt, Eckart Spoo, Manfred Binniger, Johanno Strasser und Wolf Biermann haben ebenfalls mit einem Aufruf eine Protestaktion gestartet. Im Aufruf dieser Initiative heißt es:

"Die Unterzeichner dieses Aufrufs werden die lebensgefährliche Rückkehr der exilierten Politiker mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Sie rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, dieses Beispiel für eine gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte zu unterstützen, damit auch all die anderen wieder in ihre Heimat zurückkehren können..."

*

Eine weitere Initiative wird von Ernst Waltemathe (SPD-MdB), Dr. Heinrich Hannover (Rechtsanwalt), Armin Stolle (1. Vorsitzende SPD-Bremen Ost), Prof. Gerhard Stuby, Ohm (Rechtsanwalt), Dr. med.H. Georg Güse, Horst Isola (Bundesvorsitzende der SDAJ) unterstützt. Ministerpräsidenten Özal heißt :

Diese Initiative ruft die demokratische Öffentlichkeit:

"Protestieren Sie bei den verantwortlichen türkischen Stellen gegen die Verhaftung der beiden Generalsekretäre und fordern Sie ihre unverzügliche Freilassung!

"Setzen Sie sich ein für

-die Garantie der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung sowie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei

-eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei und die legale Rückkehrmöglichkeit aus dem Exil für alle Demokraten!

*

In West Berlin gibt es eine Initiative der sich Prof. Karl-Heinz Evers (Senator a.d.) Dr. Michael Venedey, Prof. Ossip Flechtheim, Prof. Astrid Albrecht-Heide, Kurt Scharf (Bischoff a.d.) Alisa Fuß (Liga für Menschenrechte) und Heidi Bischoff Pflanz (ehem. MdA) angeschlossen haben.

*

Amnesty International hat die beiden Politiker unter ihren Schutz genommen und eine Protst-Telegramm-Aktion gestartet:

"Amnesty International considers both men to be prisoners of conscience held on account of their non-violent political activities. According to Amnesty International's information neither Haydar Kutlu nor Nihat Sargin ever used or advocated violence and nor have the political parties in which they hold leading positions."

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARATIRMA KURUMU
TÜSTAV

Yilmaz Karahasan

Frankfurt/M, 12.Nov.1987
Gewerkschaftshaus - DGB-LB Hessen

"Solidaritaet mit den passlosen
Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei"

Die Machthaber in der Türkei setzen ihre Verfolgung
von kritischen Gewerkschaftern und Regieme-Gegnern in der
Bundesrepublik Deutschland fort...

Es sind keine Einzelfaelle oder Entgleisungen der
offiziellen Vertretungen der Türkischen Republik, der General-
konsulate also,
wenn seit Jahren versucht wird, die türkischen Betriebsratsmitglie-
der direkt anzusprechen und anzubinden.
Genauso sind es auch keine Einzelfaelle oder Entgleisungen,
wenn insbesondere in den letzten Jahren die Paesse eingezogen
und die türkischen Staatsbürger aufgefordert werden,
in die Türkei zurückzukehren und sich dort den Behörden zu stellen.
Auch der frontale Angriff und die Hetzkampagne gegen die
demokratische Lehrer durch die rechtsgerichtete türkische Tages-
zeitung "Tercüman" ist keine Aktion,
die nur und ausschliesslich von dieser Zeitung zu verantworten wäre
Nein. Hier besteht ein direkter Zusammenhang.

Diese Aktivitaeten und die eingeleiteten Massnahmen
sind nachweisbar Teile einer Gesamtkonzeption, die bereits
nach der Errichtung der Militaerdiktatur am 12. September 1980
im Februar 1981 festgelegt wurde.

Im Februar 1981 erschienen in der Türkischen Presse
Schlagzeilen wie z.B.

"Wer gegen die Türkei arbeitet, wird mit Konsequenzen
zu rechnen haben", oder

"Der Staat organisiert sich gegen die
zerstörerischen und spalterischen Kraefte im Ausland"

Yilmaz'ın 12. Kasım'da
DGB Bölge Baranını yaptığı basın
konferansındaki konuşması

TÜRKİYE SOSYALİSTİK İŞÇİLER PARTİSİ (TİP) - İSTANBUL BÖLGE BAŞKANLIĞI VAKFI

Kurz darauf wurde auch berichtet, dass auf höchster ~~Kenne~~ staatlicher Ebene unter dem Vorsitz des damaligen Staatsministers, İlhan Öztrak und mit Beteiligung des Geheimdienstes "MIT" eine Kommission gegründet worden ist. Diese Kommission hätte beschlossen, Organisationen zu gründen mit dem Ziel Vereine, die im Ausland gegen den Staat arbeiten, zu bekämpfen.. Ziel des von dieser Kommission beschlossenen Massnahmenpakets sei es, so stand es weiter in der Presse, "die Staatsfeinde für ihre Aktivitäten nicht mehr ungestraft davonkommen zu lassen." (Tercüman 18.Feb.1981)

Was war beabsichtigt?

Beabsichtigt war und ist, auch im Ausland

- die kritischen Gewerkschafter und die Oppositionelle habhaft zu werden, zu isolieren und mundtot zu machen;
- mit Hilfe der Betriebsratsmitglieder und anderer Funktionäre bei den Arbeitern aus der Türkei eine massive Einflussnahme zu ermöglichen und ein Netz der Kontrolle aufzubauen;
- die gewerkschaftlichen Funktionäre, zumindest Teile von ihnen, die sie gewinnen können, als Träger ihrer offiziellen Regierungspolitik und als Verschafter einer Gegenöffentlichkeit zu missbrauchen; und
- Leute für ihre Informations- und Spitzeldienste anzuwerben und einzusetzen.

Wir können und wir werden als Gewerkschaften zu solchen Vorgängen nicht schweigen.

Wir müssen und wir werden alles daran setzen, solche demokratiefeindliche und menschenverachtende Machenschaften der Machthaber in der Türkei offenzulegen..

Auch die verstärkten Passenzugspraktiken und Einschüchterungsversuch machen deutlich: Der Schein der Demokratie, mit dem sich das Regime in der Türkei hoffähig machen möchte, hat seinen jeglichen Glanz verloren!..

Die staatlichen Stellen und die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in anderen europaischen Staaten dürfen nicht tatenlos zusehen, dass fremde Staaten und deren Vertretungen ungestört Aktivetaeten

entwickelnd,
die mit den Grundsätzen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht zu vereinbaren sind.

Es darf nicht zugelassen werden,
dass die Bundesrepublik Deutschland und die anderen europäischen Länder zum Tummelplatz der diktatorischen Regime werden...

Solange diese Machenschaften und die Praktiken der türkischen Regierung andauern;
solange die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten in der Türkei mit Füßen getreten werden,
solange darf es über die Aufnahme der Türkei in die Europäische Gemeinschaft
nicht einmal eine Diskussion geben!..

Die Würde des Menschen wird in der Türkei tagtäglich angetastet. Auch die ökonomische Situation der Bevölkerung hat sich seit dem 12. September 1980 enorm verschlechtert; nicht nur auf Grund der Errichtung der Militärdiktatur, sondern auch und im besonderen durch die Umsetzung der wirtschaftspolitischen Beschlüsse vom 24. Januar 1980 mit Hilfe der Militärdiktatur...

Zur Umsetzung dieses sog. "wirtschaftspolitischen Programms", welches vom Internationalen Währungsfond diktiert worden war, war auch die Errichtung der Diktatur notwendig, weil es nicht möglich gewesen wäre, dieses Programm in einem System der parlamentarischen Demokratie zu verwirklichen.

Erinnern wir uns:

Wesentliche Elemente und Instrumente dieser Wirtschaftspolitik waren und sind:

- laufende Anpassung des Wechselkurses
- Freigabe der Zinsen und fast aller Preise
- strikte Begrenzung des Haushaltsdefizite
- Reduzierung der Zuschüsse an Staatsbetriebe
- Privatisierung der staatlichen und halbstaatlichen Unternehmungen
- Politik des knappen Geldes
- gezielte Exportförderung
- Lohnstopp, bzw. Begrenzung der Lohnerhöhungen auf die "erwartete Inflationsrate"

- verstaerkte Öffnung gegenüber dem auslaendischen Kapital usw..

Das Ergebnis dieser Politik:

Der Lebensstandart der Bevölkerung sank fast, sogar mehr als die Hälfte..

Die Arbeitslosigkeit kletterte auf 20 bis 25 Prozent; und die Auslandsschulden schnellten von 17 auf 34 Milliarden US-Dollar.

Die Armut, das Elend und die Verzweiflung machten sich breit unter der Bevölkerung. Jegliche Opposition und die gewerkschaftlichen Organisationen wurden brutal unterdrückt und hatten keine Möglichkeit, diese Verelendung der Massen aufzuhalten..

Die Unertraeglichkeit der Situation, die scheinbare "Zulassung" von politischen Parteien, das Bemühen der Machthaben, die Türkei in Europa in einem beseren Licht erscheinen zu lassen, der Aufnahmeantrag in die Gemeinschaft; aber auch der immer grösser werdende Druck der demokratischen Opposition im In- und Ausland führten letztlich dazu, dass gewisse "Lockerungen" der politischen Verhaeltnisse unumgaenglich wurden..

Die Türkei ist heute ein Land der Widersprüche und der Zwiespaltigkeiten.

Die brutale Unterdrückung, Verfolgung, Folter und drastische Gefaengnisstrafen auf der einen Seite wechseln sich ab mit einer gewissen, zuweilen harten Kritik an der Regierungspolitik, Aktions- und Demonstrationsmöglichkeiten und zunehmenden Streikbewegungen auf der anderen Seite..

So beispielsweise wurden die drastischen Urteile bis zu 16 Jahre Gefaengnisstrafen, die beim TKP-Massenprozess verhaengt worden waren, wurden gegen 104 Personen vorige Woche vom Gerichtshof bestaetigt. Auf der anderen Seite aber, ca. zwei Wochen zuvor, wurden für die im Exil verstorbene Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei, **Behice Boran**, im Parlament, in der Grossen Nationalversammlung, die Trauerfeierlichkeiten abgehalten...

Diese Widersprüchlichkeit und die Zwiespaltigkeit verbreitet auf der einen Seite Verwirrung und Unsicherheit. Auf der anderen Seite aber auch mut, etwas mehr zu wagen...

In seiner Ansprache bei der Verleihung des "Atatürk-Friedenspreises" am 14. Oktober 1987 in Ankara sagte der Bundespraesident, Richart von Weizaecker, u.a. folgendes:

" Nicht die Bekehrung, sondern Überzeugung ist das Fundament der Demokratie. Ein freier Dialog aber kann sich nicht entfalten, wo der Staat sich mit einer bestimmten Ideologie oder Weltanschauung identifiziert und abweichende Auffassungen unterdrückt.."

Diesen Satz greife ich bewusst auf, um deutlich zu machen, ob die Machthaber in der Türkei im Ernst bereit sind, zur Demokratie zurückzukehren?

Am 16. November, also am kommenden Montag, werden die Generalsekretäre der Arbeiterpartei, Herr Nihat Sargin, und der Kommunistischen Partei, Herr Haydar Kutlu, in die Türkei zurückkehren.

Beide Generalsekretäre haben sich mit einem gemeinsamen Schreiben am 30. Oktober an alle Demokraten sowie demokratische Organisationen gewandt und darauf hingewiesen, dass die Türkei das einzige Land in Europa ist, in dem die kommunistische Partei verboten ist.

Es heisst in dem Schreiben u.a.:

" Die Regierungskreise können heute, an der Schwelle des Beitritts in die Europaeische Gemeinschaft die sowohl von der westeuropaeischen Öffentlichkeit als auch von den fortschrittlichen Kräften in der Türkei nachdrücklich vorgetragene Forderung nach einer Demokratisierung nicht mehr ignorieren.."

:

" Wir sehen uns zu diesem Schritt gezwungen, da wir die legale Betaetigung der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, die aus der Vereinigung der Kommunistischen Partei der Türkei und der Arbeiterpartei der Türkei hervorgeht, vom ersten Tage ihres Bestehens an anstreben. Unter den heutigen Umstaenden wollen wir nicht zur illegalen Betaetigung gezwungen werden. Ob die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei legal oder geheim arbeiten wird, haengt jetzt von der Haltung der Regierung ab.."

Es ist ein mutiger Schritt. Dieser Schritt wird zu einem Testfall werden, und zwar nicht nur für die beiden Generalsekretäre;

sondern für alle Demokraten und Oppositionelle, die seit Jahren gezwungen sind im Exil zu leben; die lieber heute als morgen zurückkehren würden, um mitzuhelfen, den Demokratisierungsprozess voranzutreiben; wahrhaft eine freie, demokratische, menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen, in der die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen keinen Platz mehr haben; in der die Armut und das Elend verbannt sind; in der die Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität herrschen..

Für die herrschenden Kreise in der Türkei ist dieser Beschluss, dieser Schritt der Generalsekretäre eine historische Chance zu beweisen, dass sie mit ihren Behauptungen und Erklärungen, zur Demokratie zurückkehren zu wollen, tatsächlich ernst gemeint haben und ernst meinen.

Eines ist aber sicher.

Die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in Europa wird diese Reise begleiten!..

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ

Geheerte Genosen.

Das Bundeskomitee der P.C.P.E. in der B.R.D. schickt euch eine beste internationaler Solidarität. Wir verlangen die sofortige freilassung der Anführer der K.P.d.t. Haydar Kutlu und von T.I.P. Nihat Sargin, die am 16 November 1987 festgenommen worden sind. Wir verlangen auch die Freilassung aller Demokraten und progressive Kräften der Türkei. Ebenfalls die legalisierung der Türkischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Türkei. Gleichzeitig hoffen wir, daß die Vereinigung „TBKP“ aus K.P.d.t. und T.I.P., daß tunen können worauf das türkische Volk wartet, die durchsetzung der Demokratie in der Türkei.

Mit der Festnahme der Genosen Haydar Kutlu und Nihat Sargin, beweist der President Özal das zegenteil was er versprochen hatte, nämlich daß es in der Türkei eine Demokratie herrscht.

Es gibt keine Demokratie ohne die legalisierung der Kommunisten und Arbeiter Partaien.

Wir die P.C.P.E. als marxisten leninisten schließen euch an in Internationale Solidarität.

Für die Freiheit der Anführer des T.I.P. Nihat Sargin

und T. K. P. Haydar Kutlu, und für die Rückkehr
alle exilierte Politiker, für alle Demokraten und
alle progresiven Kräfte.

Für eine Demokratische Türkei.

Kommunistischen Größen.

Der Bundeskomitee des P. C. P. E.

(Kommunistische Partei der Völker Spaniens).

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA VAKFI

Resolution

Wir, die griechische Arbeitsemigranten, die sich heute in der Veranstaltung der Freunde der G. U. P., zu Ehren des 69. Gründungsjahres, in der Stadt Wuppertal versammelt haben, senden Euch Freunde und Genossen, ihre herzlichste, solidarische und kämpferische Grüße.

Freunde und Genossen, wir stehen solidarisch und brüderlich an Eurer Seite. An der Seite des mutigen und gerechten Kampfes Eures Volkes für die Legalisierung der vereinigten Kommunistischen Partei Turkeis.

Wir protestieren mit unserer ganzen Kraft und ~~mit~~ Argernis gegen die brutale Verhaftung der Genossen und Parteisekretäre der V. U. P. T. Kutlu und Serpin, durch die Polizei des Ersten.

Wir protestieren auch zugleich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und schwere Folter der Gefangenen in den türkischen Gefängnissen, wobei der Genosse Kutlu durch diese Foltermethode einen schweren Herzanfall bekam.

Deshalb fordern wir die sofortige Freilassung der Genossen, und zugleich die Anerkennung und freie Aktivität der V. U. P. T. und des gesamten türkischen Volkes.

Genossen, wir stehen an Eurer Seite und werden mit Euch zusammen, hier in der B. R. D. aber auch in unserem Heimatland Griechenland die gemeinsamen Ziele für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit erkämpfen. Damit die Freundschaft unserer beiden Völker in diesem gemeinsamen Kampf noch mehr gefestigt wird.

Wuppertal, den 21. 11. 87

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

*
855367 inmed d
855367 inmed d*
184874 tpa d

184874 tpa d
0088 87-11-19 17:15

preeseerklarung der alternativen liste

zur festnahme der beiden generalsekretare der vereinigten kommunistischen partei der tuerkei, die viele jahre im exil leben mussten, bevor sie am montag zurueckkehrten, um die arbeit ihrer partei wieder zu legalisieren, erklart die al-abgeordnete brigitte apel:

die glaubwuerdigkeit der tuerkischen demokratie auf der probe mit der festnahme der kommunistischen parteifuehrer haydar kutlu und nihat sargin hat die oezal-regierung wieder einmal bewiesen, dass die vielpropagierte demokratisierung der tuerkei nichts als leeres gerede darstellt.

trotz der hoffnung, dass an den bekundungen der tuerkischen regierung ein funkchen wahrheit sein koennte-diese hoffnung war auch durch das ehrenbegtaebnis einer ehemaligen kommunistischen abgeordneten genaehrt worden-mussten die beiden den weg gehen, den zehntausende vor ihnen gegangen sind-ins gefaengnis.

die alternative liste protestiert gegen die festnahmen und fordert die sofortige freilassung von haydar kutlu und nihat sargin. wir fordern den regierenden boergermeister und die fraktionen von cdu und fdp auf, ihre nach koenenem bekunden engen und freundschaftlichen beziehungen zur tuerkischen regierung zu nutzen und sich ineinanderseits fuer die unverzoegliche freilassung der beiden generalsekretare und das recht auf unghenderte politische betaeftigung einzusetzen.

hier wird sich erweisen, ob sich die ankuendigungen von demokratisierung in der tuerkei nur lippenbekenntnisse waren und was von den vollmundigen erklarungen des diepgen-senats in bezug auf die menschenrechte zu halten ist.

brigitte apel (mda)

pressestelle der al, d.s.+++

*
855367 inmed d
184874 tpa d

Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen
in der Turkei und Turkei-Kurdistan

Türkiye ve Türkiye Kürdistan'ı
Siyasi mahkumlarla Dayanışma Komiteleri

c/o Bildungswerk für Friedensarbeit
Alfred-Bozi Str. 10
4800 Bielefeld

22.11.1987

BASIN AÇIKLAMASI

Kutlu ve Sargin Türkiye'ye donuřlerinde gozaltına alındılar

TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu ve TIP Genel Sekreteri Nihat Sargin 16 Kasım
1987 günü Türkiye'ye gelmeleriyle birlikte gozaltına alındılar.

Bu olay karřısında :

basın, toplantı ve org tlenme ozg rl ę  gibi belli bařlı ozg rluklerin bulunma-
dığ , sendikal ozg rluklerin ařırı derecede kısıtlı olduęu, bu devlette,

insan haklarını cezaevlerinde ve polis karakollarında ayaklar altına alan bu
devlette,

h k metin izniyle sistematik olarak iřkencenin sürdürüldüęü bu devlette,
kürt halkının haklarını kabul etmek bir yana, kürt halkının varlıęını bile red
eden bu devlet,

bu devlette demokrasi hüküm s rmiyor !

Ekaterinburg Türkiye'de , Haydar Kutlu ve Nihat Sargin gibi, demokratik hakları ve
ozg rl kleri için mücadele eden pek çok insan var.

Bu insanlarla ve Türkiye'deki demokratik hareketle dayanışma içinde bulunarak,
-Haydar Kutlu ve Nihat Sargin'in derhal serbest bırakılmalarını,
-Idam cezasının kaldırılmasını ve b t n politik tutuklular için genel Af ,
talep ediyoruz.

Türkiye ve Türkiye K rdistan'ı Siyasi Mahkumlarla
Dayanışma Komiteleri

**Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen
in der Türkei und Türkei-Kurdistan**

c/o Bildungswerk f. Friedensarbeit, DPWV Haus
Alfred-Bozi-Str. 10
4800 Bielefeld

Bielefeld, den 22. November 1987

Presseerklärung

Kutlu und Sargin bei ihrer Rückkehr in die Türkei verhaftet

Haydar Kutlu, Generalsekretär der KP der Türkei, und Nihat Sargin, Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, wurden am 16. November 87 bei ihrer Ankunft in der Türkei verhaftet.

Wir erklären dazu:

In diesem Staat, dem es an den elementaren Grundrechten fehlt wie z.B. Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, wo es eine starke Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte gibt, dieser Staat, der die Menschenrechte in den Gefängnissen und in den Polizeistationen durch seine Beamten quasi mit Füßen tritt, wo die Folter immer noch mit Billigung der Regierung systematisch betrieben wird,

dieser Staat, der noch immer die Existenz des kurdischen Volkes leugnet geschweige denn den Kurden ihre notwendigen Rechte gewährt, --

in diesem Staat herrscht keine Demokratie!

Doch es gibt in der Türkei viele Menschen, die wie Haydar Kutlu und Nihat Sargin für ihre demokratischen Rechte und Freiheiten kämpfen.

Wir fordern in Solidarität mit diesen Menschen, mit der demokratischen Bewegung in der Türkei

- die unverzügliche Freilassung Haydar Kutlus und Nihat Sargin sowie
- Generalamnestie für alle Politischen Gefangenen und Abschaffung der Todesstrafe!

gez. Vera Schmidt

Für die Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen
in der Türkei und Türkei-Kurdistan

Dachzeile:

Hauptüberschrift:

Unterzeile:

1 FREIHEIT FOR HAYDAR KUTLU UND NIHAT SARGIN
2
3 Am 16.11.87 wurden die Generalsekretäre der KP
4 der Türkei, Haydar Kutlu, und der Arbeiterpartei
5 der Türkei (TIP), Nihat Sargin, in Ankara auf
6 dem Flughafen festgenommen. Sie waren nach öffent-
7 licher Ankündigung im Auftrag ihrer beiden Par-
8 teien in die Türkei eingereist, um gemeinsam
9 die Vereinigte KP der Türkei auf legaler Basis
10 zu gründen. Begleitet wurden sie bei ihrer Ein-
11 reise von einer 32-köpfigen Delegation von Per-
12 sönlichkeiten aus Ländern der EG, darunter Euro-
13 paabgeordnete und andere Parlamentarier, Juristen
14 und Journalisten. Die Festnahme erfolgte auf
15 dem Flughafen, noch bevor die beiden General-
16 sekretäre mit ihren Anwälten oder auch mit den
17 sie dort erwartenden ca. 100 Journalisten spre-
18 chen konnten. Seither werden sie von der poli-
19 tischen Polizei in Isolationshaft gehalten und
20 permanent verhört.

21
22 WARUM SIND SIE EINGEREIST ?

23
24 Die Türkei ist ein autoritär regiertes Land. Die
25 TKP ist seit 1922, die TIP seit dem Putsch von
26 1980 verboten. Die gewerkschaftlichen Rechte sind
27 bis aufs äußerste beschränkt. Zwar hat die Türkei
28 die internationalen Menschenrechtsvereinbarungen
29 unterzeichnet, sie praktiziert sie aber nicht.
30 Es war daher klar, daß die beiden Generalsekretäre
31 mit ihrem Flug ein hohes persönliches Risiko
32 eingehen würden.

33 Der Hintergrund, der diese Aktion sinnvoll macht,
34 ist folgender: Die Türkei befindet sich wirt-
35 schaftlich in einem desolaten Zustand. Die Herr-

Dachzeile:

Hauptüberschrift:

Unterzeile:

1 schenden des Landes drängen auf Vollmitgliedschaft
2 in der EG. Sie möchten den Tourismus ausbauen
3 und Investitionen anlocken. Aus all diesen Grün-
4 den versuchen sie, das Land nach außen als demo-
5 kratisch darzustellen. Die Einreise von Haydar
6 Kutlu und Nihat Sargin zwingt sie nun, Farbe zu
7 bekennen: entweder ist etwas dran an den Worten
8 von der "Rückkehr zur Demokratie" oder nicht.
9 In der Aktion der beiden Generalsekretäre liegt
10 die Chance, eine Liberalisierung in der Türkei
11 zu erzwingen, die der gesamten Opposition zugute
12 kommen würde.

13
14 WORAUF ES JETZT ANKOMMT

15
16 Eine große Bedeutung kommt jetzt der Reaktion der
17 demokratischen Öffentlichkeit in den EG-Ländern
18 zu. Wichtig ist deshalb der Beschluß des Europa-
19 Parlaments vom 19.11.87, sofortige Freilassung und
20 freie politische Betätigung für beide Politiker zu
21 fordern. Wichtig sind auch entsprechende Erklärungen
22 von Sozialdemokraten und Grünen. Man darf anderer-
23 seits nicht übersehen, daß fast alle bundesdeut-
24 schen Medien das Ereignis weitgehend unterschla-
25 gen haben. Die zuständigen Redakteure sind infor-
26 miert, bringen aber nichts. Es ist wichtig, sie an-
27 zurufen und diesen Angriff auf unsere Informations-
28 freiheit zurückzuweisen.

29 Ebenso wichtig ist es, den Herrschenden in Ankara
30 direkt zu sagen, daß sie Haydar Kutlu und Nihat
31 Sargin sofort freilassen müssen. Richtet diese
32 Forderung an die Staatsanwaltschaft: Devlet Güven-
33 dik Mahkeme Savciligi, Ankara, Türkei, und an die
34 Botschaft der Türkei, Utestr. 47, 53 Bonn-Bad Go-
35 desberg.

Nehmt teil an der Veranstaltung "Menschenrechte
in der Türkei", in der VHS Essen am 9.12.87 um
19.00 Uhr

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

DKP

Hochschulgruppe

NIHAT

HAYDAR

und

SARGIN

KUTLU

informiert:

in Gefahr

Was die meisten westdeutschen Medien bisher verschwiegen: Am Montag, dem 16.11.87 wurden Haydar Kutlu und Nihat Sargin - Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) und der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) - auf dem Flughafen von Ankara festgenommen und seither werden sie ohne Kontakt zur Außenwelt gefangengehalten. Haydar Kutlu soll sich inzwischen in der Intensivstation des Polizeigefängnisses befinden ("Herzinfarkt"). Auch der Gesundheitszustand von Nihat Sargin ist durch die Verhöre schwer geschädigt. Beide befinden sich in großer Gefahr.

WIE KAM ES DAZU ?

In der Türkei herrschen seit eh'und jeh' keine demokratischen Zustände. Die kommunistische Partei ist verboten, Gewerkschafter und die Friedensbewegung werden verfolgt und erhebliche Teile der Bevölkerung riskieren Gefängnis und Folter, wenn sie ihre eigene Muttersprache sprechen. Die Situation wurde Ende der 70-er Jahre eskaliert, als die "Grauen Wölfe" (Faschisten) täglich 10-20 Menschen auf offener Straße töteten. Es kam das Kriegsrecht und 1980 der Militärputsch. Parteien und Gewerkschaften wurden aufgelöst, Hunderttausende ins Gefängnis geworfen. 1982 wurde Özal, Chef der Metallunternehmer Ministerpräsident. Ihm verdankt die Bevölkerung einen ungeheuerlichen Kaufkraftschwund: waren 1980 noch 40 Lira eine DM, so sind es heute 560 Lira. Die Löhne sind jedoch nur in engen Grenzen erhöht worden.

Druck erzeugt Gegendruck. Selbst unter den Bajonetten der Generäle entwickelte sich in den letzten Jahren eine starke demokratische Protestbewegung. Es kam zu Massenstreiks. Ein weiterer Faktor: Die Öffentlichkeit in Westeuropa verfolgt die Ereignisse mit wachsender Kritik. (Nur die Bundesrepublik ist hier etwas zurückgeblieben, weil die hiesigen Medien eine freiwillige Selbstzensur unter Anleitung der Bundesregierung pflegen.)

In dieser Situation haben die TKP und die TIP beschlossen, beide Parteien zu vereinigen. Sie haben weiterhin ihre Vorsitzenden beauftragt, den Versuch zu unternehmen, die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) in Ankara legal zu gründen. Dieser Beschluß ist von den oppositionellen Kräften in der Türkei begrüßt worden. Er stellt die Özal-Regierung unter den Zwang, ihr Demokratieverständnis vor der Weltöffentlichkeit zu offenbaren. Darin liegt eine Chance, mehr Demokratie für die Türkei durchzusetzen.

HOHES PERSÖNLICHES RISIKO

Die Einreise in die Türkei ist für Haydar Kutlu und Nihat Sargin mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden. Dieses Risiko war von vornherein bekannt. Deshalb ist eine Delegation von 32 Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern Westeuropas - darunter Euro-Parlamentarier - mit ihnen nach Ankara geflogen um das Verhalten der Behörden zu beobachten. Aber es war klar, daß die Dele-

Sofortige Freilassung der beiden türk
Exilpolitiker, die am Montag bei ihrer
Rückkehr in die Türkei inhaftiert wurden,
fordern Fernsehmoderator Franz Alt,
der Liedermacher Wolf Biermann,
der SPD-Politiker Björn Engholm und
der Schriftsteller Günter Wallraff.

In der Erklärung, die heute in Bonn
bekannt wurde und auch von

✓ Prof. Dorothee Sölle, Prof. Horst F.
Bichter, René Böll, Eckart Spoo, ✓
Prof. Klaus Lieber-Harbeck, . . .
wird die Rückkehr der Sekretäre von
TKP u. TIP als "ein Beispiel für
die eine gewaltfreie Wiederherstellung
der demokratischen Rechte zu unterstützen."

In der Erklärung heißt es weiter: ". . .

-
- An den WDR
- Nachrichten-Redaktion
 - Kommentar-~~Abteilung~~ Abteilung
 - Aktuelles Sendungen
 - ~~Abteilung~~
 - Türk Redaktion

A u f r u f

Am 29. November 1987 finden in der Türkei die angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Özal und die Militärs wollen beweisen, daß nun auch die Türkei den "Weg zur Demokratie" eingeschlagen habe.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nach wie vor werden in der Türkei elementare Menschenrechte verletzt. In den Gefängnissen wird brutal gefoltert. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist außer Kraft gesetzt. Die kurdischen Mitbürger werden weiter verfolgt und unterdrückt. Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 leben zehntausende von Türken im erzwungenen Exil: Man entzog ihnen die Pässe und die Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen wollen die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) nun in ihr Heimatland zurückkehren und damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Sie wollen wählen. Und sie wollen sich dafür einsetzen, daß auch im NATO-Partnerland Türkei eine politische Opposition arbeiten kann.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs werden die lebensgefährliche Rückkehr der exilierten Politiker mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Sie rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, dieses Beispiel für eine gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte zu unterstützen, damit auch all die anderen wieder in ihre Heimat zurückkehren können, die noch immer ferngehalten werden. Und damit die Verlautbarungen der Regierung des Ministerpräsidenten Özal, die "Demokratie in der Türkei wiederherzustellen", wahr werden können.

an DIE GRÜNEN im Stadtrat

- wird abgeholt -

die gruenen im bayerischen Landtag - pressestelle - t.089/4126-73/

blitztermin RRRRR

Liebe kolleginnen und kollegen,

aus aktuellem anlass laden die gruenen im bayerischen Landtag ein zu einem

pressegesprach in nuernberg

heute, donnerstag, den 19. november 1987
um 14.00 uhr

in den raeumen der stadtratsfraktion im nuernberger rathaus,
zimmer 38/39 im wolf'schen bau

thema: bayerische politiker begleiten tuerkische kommunistenfuhrer
in ihr heimatland - augenzeugenberichte aus ankara.
mit hans-guenther schramm, mdl
sophie rieger, stadtraetin
herbert stiefvater, stadtrat

ich wuerde mich freuen, wenn sie diesen termin wahrnehmen.
mit freundlichen gruessen
hanns-d. reichhelm
- presssprecher -

tuerkei weit entfernt von der demokratie:

bayerische politiker waren augenzeugen der festnahme heimkehrender
tuerkischer kommunistenfuhrer auf dem flugplatz von ankara.

muenchen. (18.11.1987/r.) als 'weit entfernt von der demokratie und damit nicht akzeptabel fuer die europaeische gemeinschaft' hat der landtagsabgeordnete der gruenen und vertreter der friedenliste, hans-guenther schramm, nach seiner rueckkehr aus ankara die verhaeltnisse in der tuerkei bezeichnet. schramm gehoerte gemeinsam mit der nuernberger stadtraetin der gruenen, sophie rieger zu einer zwolfskoepfigen europaeischen parlamentarierdelegation, die die beiden generalsekretaere der 'tuerkischen arbeiterpartei' und der 'tuerkischen kommunistischen partei', nihat sargin und haydar kutlu (eigentlich nabi yagci) in ihre heimat zurueckbegleiteten. die beiden tuerkischen kommunistenfuhrer hatten nach jahrelangem exil in ostberlin und bruessel kuerzlich die 'vereinigte tuerkische kommunistische partei (tdkp)' gegrueudet und wollten diese nun offiziell zu den vorgezogenen wahlen anmelden. ermutigt zu ihrer rueckkehr sahen sie sich auch durch ein 'freies geleit', das ihnen die tuerkische regierung anfang oktober zur teilnahme an den beerdigungsfierlichkeiten fuer die langjaehrige kommunistenfuhrerin behice boran gewahrt hatte. auf dem flughafen esenboga bei ankara wurden beide sofort bei der ankunft am montag mittag festgenommen.

wie der gruene Landtagsabgeordnete hans-guenther schramm berichtet, wurden die beiden tuerkischen politiker vor den augen der begleitenden delegation, der auch europaabgeordnete aus den niederlanden, frankreich, italien und daenemark angehorte und den kameras der internationalen und der tuerkischen presse in einen bereitstehenden bus mit verhaengten fenstern verbracht. wie journalisten beobachteten, wurden sie spaeter mit verbundenen augen und handschellen in die zentrale der sicherheitspolizei abgefuehrt. der zustaeendige oberstaatsanwalt in ankara, habe trotz der proteste der parlamentarierdelegation seine schon im vorfeld der rueckkehr gegenueber den anwaelten der politiker gemachte zusicherung, dass diesen im festnahmefall unverzueglich anwaltlicher beistand gewaehrt wuerde, gebrochen. die proteste und ihre negative einschaeztung der einhaltung demokratischer grundrechte und der menschenrechte nach dem vorgefallenen seien dann von den parlamentarierern dem tuerkischen parlamentspraesidenten und dem justizminister vorgetragen worden. auch der stellvertreter des im wahlkampf befindlichen premierministers oezal, staatssekretaer burhanettin mumcuoglu sei in einem persoentlichen gespraech daraufhingewiesen worden. man habe bei diesen gespraechen keinerlei bereitschaft gefunden, das unrechtmassige vorgehen zu korrigieren. die parlamentarierdelegation habe dann auf einer pressekonferenz in ankara, vor etwa fuenfzig journalisten aus der tuerkei und europa das vorgehen der regierung kritisiert und die unverzuegliche freilassung der beiden kommunistischen politiker gefordert. jeder einzelne habe dort das versprechen abgegeben, die in ankara erlebten tatsachen in seinem heimatland bekanntzumachen. der landtagsabgeordnete hans-guenther schramm ist als erster der delegation in die bundesrepublik zurueckgekehrt. die gruene stadtraetin sophie rieger wird erst heute abend zurueckerwartet.

hans-guenther schramm zu den erfahrungen dieses tuerkeibesuchs: 'die politischen verhaeltnisse in der tuerkei sind noch weit entfernt von der demokratie. das tuerkische militaerregime hat am montag, bei der heimkehr tuerkischer kommunistenfuehrer der weltoeffentlichkeit sein diktatorisches gesicht gezeigt. damit ist einmal mehr klar, dass die bevorstehenden vorgezogenen wahlen in der tuerkei in wirklichkeit nicht mehr sind, als eine farce. europa soll mit scheidemokratischen manoevern dazu bewegt werden, eine diktatur in die europaeische gemeinschaft aufzunehmen. dies hat die tuerkische regierung am montag auf dem flughafen ankara vor parlamentarierern und journalisten aus ganz europa mit der ueberfallartigen festnahme der beiden kommunistenfuehrer offengelegt. die pruefsteine, von deren erfuehlung die europaeische gemeinschaft nun eine aufnahme der tuerkei in die wirtschaftsgemeinschaft der europaeischen demokratien abhaengig machen muss, lauten 'rueckkehr zu demokratie und menschenrechten', 'amnestie fuer alle politischen gefangenen' und 'zulassung aller demokratischen parteien zu den vorgezogenen wahlen'. die tuerkische regierung braucht nun aus allen europaeischen demokratien deutliche signale, dass eine aufnahme in die europaeische gemeinschaft illusorisch ist, bis diese demokratischen grundvoraussetzungen nicht erfuehrt sind. daran werden wir auch in bayern arbeiten.'



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft · Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus, 5000 KÖLN 1

Frau Dr. Beate Winkler-Pöhler
Büro Lieselotte Funke
Postfach 140280
5300 Bonn

Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus
5000 KÖLN 1
Telefon 51 62 67

Ab 1.9.87 Kontoänderungen:

Bank für Gemeinwirtschaft, Köln
Konto Nr. 1220732101, (BLZ 370 10111)
Postsparkasse Köln
Konto Nr. 372570 505, (BLZ 37010050)

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Köln
Konto Nr. 7202 963, BLZ 370 50198
Postscheckkonto Köln
Konto N. 1098 73-505, BLZ 370 100 50

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Datum

19.11.87

Betr.: Verhaftung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin in Ankara am 16.11.87

Sehr geehrte Frau Winkler-Pöhler!

In den letzten Tagen hatten wir einige Male über die Rückkehr und Verhaftung von Herrn Kutlu und Herrn Sargin in der Türkei gesprochen.

Beiliegend schicke ich Ihnen die mir dazu vorliegenden Informationen, auch die Briefe, die ich in der Angelegenheit an Politiker und Journalisten gesandt habe.

Am 18.11. erlitt Herr Kutlu einen Herzanfall; bisher wurde er nicht in ein Krankenhaus eingeliefert. Ich bitte Sie ganz herzlich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten daraufhinzuwirken, daß Haydar Kutlu und Nihat Sargin aus der Haft entlassen werden und die dringend notwendige ärztliche Behandlung erhalten.

Notwendig ist es m.E. auch, über die politische Bedeutung des Schrittes der beiden Generalsekretäre als Beitrag zur Demokratisierung der Türkei zu informieren. Das Ziel der Reise ist es ja, das sehr eingengegte politische Spektrum der Türkei zu verbreitern. Alle Oppositionsparteien haben ihre Zustimmung zu der Legalisierung der Kommunistischen Partei in der Türkei geäußert.

Ich danke Ihnen sehr.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Hocker
Vorsitzender der GEW-Köln



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft · Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus, 5000 KÖLN 1

Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus
5000 KÖLN 1
Telefon 51 62 67

Ab 1.0.87 Kontobänderung:

Stadtsparkasse Köln
Konto Nr. 1098 73 505 (BLZ 370 100 50)

Postsparkasse Köln
Konto N. 1098 73-505 (BLZ 370 100 50)

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Köln
Konto Nr. 7202 963, BLZ 370 501 98
Postsparkasse Köln
Konto N. 1098 73-505, BLZ 370 100 50

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Datum

ho / me

17.11.87

Betr.: Verhaftung des Generalsekretärs der K.P.d.T., Haydar Kutlu
und des Generalsekretärs der A.P.d.T., Nihat Sargin - in Ankara

Sehr geehrte(r)

Gestern, 16. November, wurden die obengenannten Generalsekretäre
auf dem Flughafen Ankara verhaftet.

In einem Schreiben, das ich Ihnen in der letzten Woche zusandte, hatte
ich Sie über die Reise der Herren Kutlu und Sargin informiert.
Sie wurden von einer Reihe Persönlichkeiten, u.a. auch Journalisten
begleitet.

Das gesamte Gelände des Flughafens Ankara war bei der Ankunft des
Flugzeugs, in dem sich Haydar Kutlu und Nihat Sargin befanden, von
der Polizei abgeriegelt worden.

Beiden wurden nach der Verhaftung die Augen verbunden.

Im Interesse der Sicherheit der Inhaftierten bitte ich Sie, möglichst
schnell bei dem türkischen Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten
und der Botschaft der Türkei in der Bundesrepublik gegen die Verhaf-
tungen zu protestieren und die Freilassung von Haydar Kutlu und
Nihat Sargin zu fordern. Ich bitte Sie auch, darauf zu drängen, daß
die beiden Inhaftierten mit Rechtsanwälten Kontakt aufnehmen können,
daß sie dem Richter vorgeführt werden und daß ihre persönliche Sicher-
heit garantiert wird.

Bitte wenden Sie sich in dieser Angelegenheit auch an das Auswärtige
Amt der Bundesrepublik Deutschland und an weitere Ihnen geeignet
erscheinende Persönlichkeiten und Institutionen.

Ich danke Ihnen für Ihre Solidarität und werde Sie über die weitere
Entwicklung auf dem laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Hocker
- Vorsitzender -

Reinhard Hocker
Vorsitzender der GEW-Köln

Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft, Köln
Hans-Böckler-Platz 9
5000 Köln 1
Tel. 0221/516267

12.11.87

Betr.: Rückkehr der Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der
Türkei (KPdT) und der Arbeiterpartei der Türkei (APdT)

Sehr geehrte/r

Vor einigen Tagen habe ich Sie über die Rückkehr der Generalsekretäre
der KPdT und der APdT in die Türkei informiert.
Die Reise wird am 16. November 1987 stattfinden.

Beiliegend übersende ich Ihnen dazu weiteres Material und wiederhole die
Bitte, daß Sie die Rückkehr der beiden Generalsekretäre verfolgen und
eventuell notwendige Solidaritätsmaßnahmen unterstützen.
Vielleicht sind Sie auch bereit, die beiliegende Solidaritätsadresse zu
unterzeichnen und an Günter Wallraff bzw. an mich zurückzusenden.

Ich danke Ihnen sehr.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Hocker
Vorsitzender der GEW-Köln

Anlagen